Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 66. Freitag den 7. März 1851.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

(Abgegangen von Berlin am 6. März Nachmittags 4 Uhr 10 Minuten; angekommen in Breslau Nachmittags 4 Uhr 27 Minuten.)

Berlin, 6. März. **Heute Morgen ist eine österreichische Depesche angekommen, welche auf die preußischen Vorschläge eine ausweichende Antwort ertheilt.**

Die hiesige Regierung soll entschlossen sein, von den gestellten Forderungen keinesfalls abzugehen, und einer Neugestaltung, ohne ihre vollständige Erfüllung, lieber die Rückkehr zum alten Bundestage vorzuziehen.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 4. März. **Vom Staats-Anzeiger wird die Aechtheit des in den Blättern publicirten Briefes des Königs an den Fürsten Schwarzenberg anerkannt.**

Stettin, 5. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen pr. Frühjahr 30½ bez. u. Gld., pr. Juni 31½ Gld. Rüböl 9⅔, pr. Herbst 10½ Gld. — Spiritus 24, pr. Frühjahr 23¾ Geld.

Hamburg, 5. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt unverändert. — Oel pr. Frühjahr 21, pr. Oktober 21⅜ ausgeboten, ohne Kauflust. — Kaffee, fast umsatzlos — Zink, stille.

Frankfurt a. M., 5. März, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Nordbahn 40. (Berl. Bl.)

Rom, 25. Febr. **Marquis Grimaldi und la Pierre haben der päpstlichen Regierung ein Armeereformprojekt vorgelegt, nach welchem das Heer zu einem Drittheil aus Schweizern, zu einem Sechstheil aus Spaniern, zu weiteren Sechstheilen aus Irländern, Franzosen und der inländ. Gensdarmerie bestehen soll. Die Infanterie soll auf sechs Bataillons zu 1200, die Kavalerie auf vier Eskadrons zu 600 Mann nebst entsprechender Artillerie gebracht werden.**

Ferrara, 28. Febr. **Heute sind 1300 Mann k. k. österr. Truppen mit 26 Offizieren hier eingetroffen und werden morgen nach Bologna abmarschiren.**

Uebersicht.

Breslau, 6. März. Die Kammern haben gestern keine Sitzung gehalten. Denselben ist nun der Gesetz-Entwurf, betreffend den Geldbedarf für die Militär-Verwaltung von 1850 und 1851, vorgelegt worden. Außer dem bereits früher bewilligten Kredit von 18 Millionen sollen die Kammern noch einen neuen Kredit von 14 Millionen (nämlich 11 Millionen für die außerordentlichen Ausgaben 1850 und 3 Millionen für 1851) bewilligen.

Unter Berlin theilen wir den Wortlaut der Stipulationen mit, welche zu Warschau zwischen Oesterreich und Preußen verabredet worden sind.

Die „Reform" widerlegt nochmals die Nachricht: daß Preußen in London eine Anleihe habe kontrahiren wollen.

Ihre Majestät die Königin ist wiederum soweit hergestellt, daß sie am 4. d. M. dem großen Balle in dem königlichen Schlosse zu Berlin beiwohnen konnte.

Die Augsb. „Allg. Ztg." meldet in Betreff der letzten Plenarsitzung zu Dresden vom 28. Febr.: daß der Hauptgegenstand der Berathung ein vermittelnder Antrag Seitens der beiden Großmächte gewesen sei, der dahin ging: sämmtliche vorliegenden Gutachten einer außerordentlichen Kommission zu überweisen. Was auch geschah.

In Kassel ist der kurhessische Kommissar Scheffer in Ungnade gefallen und plötzlich abgereist; an seine Stelle ist Reg.-Rath Wegener getreten. — Der Rektor der Realschule, Dr. Gräfe, ist trotz dem, daß er Mitglied des ständischen Ausschusses ist, verhaftet worden, und zwar wegen seiner Schrift: „Der Verfassungskampf in Kurhessen."

Zu Hannover kam am 4ten d. M. in der zweiten Kammer das Regierungs-Schreiben, die hannoversche Politik in der deutschen Frage betreffend, zur Debatte. Ein Antrag von dem Abgeordneten Ellissen, welcher einen Tadel der hannoverschen Politik in Betreff Kurhessens, Schleswig-Holsteins und der Verfassungsfrage und zugleich die Erwartung aussprach, die Regierung werde nach Kräften auf die Verwirklichung der 1848 gemachten Versprechungen hinwirken — wurde verworfen, dagegen ein anderer Antrag: das Schreiben zu den Akten zu nehmen — mit 42 gegen 32 Stimmen angenommen.

Dem Landtage zu Malchin ist ein Reskript der mecklenburger Regierung zugegangen, welches die Einführung der Prügelstrafe empfiehlt.

In Holstein werden die Truppendislokationen der Oesterreicher bereits ausgeführt, das österreichische Hauptquartier bleibt in Altona. — Der Quälgeist der Einwohner Schleswigs, Tillisch, ist in Kopenhagen angekommen.

Selbst in der Hauptstadt Norwegens, in Christiana, fangen die Arbeiter an sich zu regen; sie wollten den Jahrestag der französischen Revolution (24. Febr.) feiern, wurden aber polizeilich daran verhindert.

Die National-Versammlung zu Paris wird in den nächsten Tagen keine Sitzungen halten, sondern die Kommissionen sich in das Budget vertiefen lassen. — Sämmtliche ungarische Emigranten zu Paris haben einen Protest gegen die Einverleibung Ungarns in den deutschen Bund erlassen, und denselben dem englischen und nordamerikanischen Gesandten, so wie dem französischen Minister des Auswärtigen überreicht. Alle drei haben versprochen, das Aktenstück ihren Kabineten vorzulegen.

Der Haß zwischen Oesterreichern und Italienern ist in dem oberen Italien ungeschwächt. Oesterreich steht dem Königreich Sardinien gegenüber auf der Lauer. So wie eine Bewegung ausbricht, soll Oesterreich nichts Anderes beabsichtigen, als die Entfernung des Königs von Sardinien. Dann würde die Schweiz und endlich Frankreich an die Reihe kommen.

Der Transport österreichischer Truppen durch Oberschlesien nach Krakau dauert fort.

An der Spitze der Zeitung steht eine telegr. Depesche, welche meldet, daß die österreichische Regierung auf die preußischen Vorschläge eine ausweichende Antwort ertheilt habe. Die preußische Regierung sei aber entschlossen, von den Forderungen nicht abzustehen und eher den alten Bundestag vorzuziehen. Die Depesche meldet Nichts, was nicht Jedermann erwartet hat, und von der Breslauer Zeitung schon längst vorhergesagt worden ist.

Breslau, 6. März.

Die Fragen der innern Politik, in denen der eigentliche Grund der Verwickelung der englischen Ministerkrisis liegt, haben für das Festland zwar kein unmittelbares Interesse. Mittelbar aber kann ihre Lösung auch für uns nach vielen Richtungen hin von Wichtigkeit werden.

Könnte man sich die Möglichkeit denken, daß eine der beiden äußersten Parteien, daß entweder Cobden mit seiner Friedensliebe, mit seiner Kolonial-Politik und seinen etwas abstrakten Freiheitsprinzipien, oder daß ein streng protektionistisches Ministerium mit Parlamentsauflösung, mit der Wiederbelegung der Schutzzölle und dem Widerstande gegen jede Erweiterung des Wahlrechtes zur Regierung gelangte, so würde man in beiden Fällen schon von der nothwendigen Umwälzung der ökonomischen Zustände in Großbritannien erhebliche Rückwirkungen auf die merkantilen und industriellen Verhältnisse des Festlandes zu erwarten haben.

Die unvermeidliche Erschütterung, in welche ein so gewaltiger Sprung die bisher so stabilen insularen Zustände versetzen müßte, würde auch in der auswärtigen Politik eine strengere Neutralität für England zur Nothwendigkeit machen.

Ueberdies aber läßt sich der Einfluß gar nicht berechnen, welchen bei der alle Kreise der festländischen Bevölkerung durchdringenden Unbefriedigtheit, bei der Hohlheit, Geschraubtheit und Lügenhaftigkeit aller unserer öffentlichen Zustände eine mächtigere Bewegung und Durcheinanderschüttelung der Volkselemente der drei Inseln, welche die unvermeidliche Folge einer Parlamentsauflösung durch die Protektionisten oder eines Ministeriums Cobden sein würden, auf die innere Lage der europäischen Staaten ausüben könnte.

Wahrscheinlich indeß ist der Eintritt einer dieser beiden Eventualitäten durchaus nicht.

Die englischen Hochtories sind noch nicht vorgeschritten genug, um große Sehnsucht nach einer Regierung mit der Minorität zu spüren, und die radikale Partei ist im Parlamente wenigstens noch lange nicht so stark, um an die Uebernahme der Regierung denken zu können. Auch ist dem Engländer das aristokratische Wesen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß eine nur aus „neuen Männern" gebildete Regierung ein großes Wagstück sein, eine Koalition der Radikalen mit den Whigs aber an der aristokratischen Schroffheit der letztern scheitern dürfte.

So weit überhaupt Wahrscheinlichkeiten sich vorausberechnen lassen, wird wohl immer eine Kombination der gemäßigt-liberalen Parteielemente die meiste Aussicht auf Verwirklichung behalten und dem Festlande die Erschütterung erspart bleiben, welche ein durchgreifender Umschwung der gouvernementalen Prinzipien in England hervorrufen müßte.

Ist aber auch eine erhebliche Einwirkung auf unsere öffentlichen Verhältnisse von England aus zur Zeit nicht mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten, so ist doch das Schauspiel, welches sich gegenwärtig daselbst entwickelt, für uns äußerst lehrreich.

Nicht blos die konstitutionellen Parteien, auch die Junker und Reaktionäre pflegen England als den konstitutionellen Musterstaat zu preisen. Die Letzteren aber haben bisher nur in dem durch und durch aristokratischen Wesen der britischen Institutionen ein Vorbild für unser Verfassungsleben anerkennen wollen, dagegen alle Folgerungen für die Volksfreiheit, welche man aus dem englischen Vorbilde abzuleiten sich vermaß, unter Berufung auf die Verschiedenheit der beiderseitigen Zustände abgelehnt.

Vor Allem war der Grundgedanke des englischen Staatsrechtes, die parlamentarische Regierung, für unsere Junker und verkappten Absolutisten ein Gegenstand des Abscheues.

„In England", hieß es, „bestehen feste und starke politische Parteien. Ein Regierungswechsel bedeutet eben nur den Uebergang der Herrschaft von der einen Partei zur andern, von der Minderheit zur Mehrheit, und kann deshalb ohne jede Erschütterung der öffentlichen Ordnung vollbracht werden. In Deutschland fehlt es an dergleichen starken und gegliederten Parteien. Der Grundsatz der parlamentarischen Regierung würde daher bei uns die Grundbedingungen der staatlichen Ordnung von den sinnlosen Zufällen wechselnder Mehrheiten abhängig und jede Festigkeit und Dauerhaftigkeit einer Regierung unmöglich machen."

Aus diesen Prämissen ergab sich dann der natürliche Schluß, daß in Deutschland die Minister unbekümmert um Majoritäten und Minoritäten, am liebsten aber mit der Minorität, zu regieren haben. Um mit der Bewunderung der englischen Zustände nicht in allzustarke Konflikte zu gerathen, wurde das parlamentarische Prinzip, aller geschichtlichen Wahrheit zum Hohne, für eine französische Erfindung ausgegeben, was genügend war, um es als Teufelswerk zu verdammen und die unbeschränkte Minister-Regierung als das einzige Heil für Deutschland zu preisen.

Die gegenwärtige Krisis in England hat es für alle Welt zu Tage gelegt, wie grundfalsch diese Prämissen sind.

Einstmals freilich bestand das britische Parlament nur aus den beiden geschlossenen Parteien der Whigs und Tories. Aber gegenwärtig ist diese alte Unterscheidung vollständig gefallen.

Die Tories haben aufgehört, eine politische Partei in diesem alten Sinne zu sein, seit Robert Peel ihre Reihen gesprengt und eine Anzahl ihrer Mitglieder ihnen entrissen hat, ohne dieselben einer anderen Partei einzuverleiben. Die Peeliten nennen sich mit demselben Rechte Tories, mit welchem die Protektionisten diesen Namen führen. Wer aber vermag gegenwärtig ein Programm aufzustellen, um welches sämmtliche Tories zu einer einzigen festen Partei sich schaaren könnten?

Die Whigs haben ihre Bedeutung als geschlossene politische Partei seit den Tagen der Reformbill in demselben Maße verloren, in welchem ihre wesentlichen Principien entweder zur unbestrittenen Herrschaft gelangt oder von andern neu gebildeten Parteien aufgenommen und weiter geführt worden sind.

Die Forderung der parlamentarischen Reform mußte in demselben Augenblicke aufhören, das Feldgeschrei der Whigs zu sein, in welchem dieselben durch die Annahme der Reformbill ihre Befriedigung fanden. Die von da ab wieder auftauchenden Reformbestrebungen gehörten so wenig den Whigs an, daß diese bis auf den gegenwärtigen Augenblick sie mehr oder minder bekämpfen.

Das Freihandels-Princip ist noch viel weniger ein wesentliches Merkmal der Whigpartei. Der Hauptanstoß zu der Freihandelsbewegung ist nicht von ihnen ausgegangen, die Durchführung des Princips von Peel ihnen vorweggenommen worden. Diesem Hauptinteresse des großbritannischen Volkes gegenüber haben die Whigs aufgehört, eine Partei zu sein und sind zu einer bloßen Schattirung der großen Freihandelspartei herabgesunken.

Nicht besser ist es ihnen mit den kirchlichen Fragen gegangen. Auch hier hat der Tory Robert Peel das Banner der Glaubensfreiheit entfaltet, den weitergehenden Forderungen eines Theiles der Radikalen stellen aber die Whigs gegenwärtig sich selbst entgegen.

So sind in der That alle wesentlichen Kennzeichen der alten Parteien fast gänzlich verwischt worden. Die Tories haben als solche aufgehört, die Whigs unterscheiden sich blos durch eine bestimmte Schattirung ihres Liberalismus von den Peelistischen Tories einerseits, von den Radikalen andererseits. Von einem einfachen Wechsel der Regierung zwischen den beiden alten Parteien kann demnach keine Rede sein.

Aber auch eine neue, feste politische Partei ist gegenwärtig nicht vorhanden, welche die Regierung übernehmen könnte.

Die Protektionisten sind im Lande wie im Parlamente in der entschiedensten Minorität. Ihre neuesten Bemühungen, ein Ministerium zu Stande zu bringen, haben ihren Untergang als regierungsfähige politische Partei zu Tage gebracht. Es hat sich gezeigt, daß ein Protektionisten-Ministerium nur um den Preis der Aufopferung des protektionistischen Princips, also der Selbstvernichtung der Partei, möglich gemacht werden kann.

Die Partei des Freihandels ist eigentlich das ganze englische Volk mit Ausnahme der ehemaligen privilegirten Grundeigenthümer. Der Freihandel ist bereits dergestalt zur Herrschaft gelangt, daß er nicht mehr als das Merkmal einer Partei gelten kann, wenn auch jede künftige Regierung neben ihren sonstigen Prinzipien dem Freihandelssystem wird huldigen müssen.

Von den einzelnen Fraktionen, welche sämmtlich das Bekenntniß zum Freihandel gemeinsam haben, ist keine einzige stark genug, um für sich allein regierungsfähig zu sein.

Von den Peeliten gilt, abgesehen von ihrer geringen Anzahl, Alles dasselbe, was wir eben von den Whigs gesagt haben. Sie ermangeln eines ausreichenden, geschlossenen Partei-Programmes und darum der Möglichkeit des Wachsthums und der Konsolidirung.

Der Radikalismus birgt in England, wie überall, die widersprechendsten Prinzipien in seinem Schooße und dem ganzen Charakter des brittischen Volkes gemäß werden noch gar mancherlei Kämpfe durchgefochten werden müssen, bevor an eine regierungsfähige Partei der gegenwärtigen Radikalen gedacht werden kann.

Auch eine Koalition verwandter Parteien wird durch mancherlei Umstände erschwert, unter denen die kirchlichen Interessen und die Partikularbestrebungen Irlands die erste Stelle einnehmen.

Weit entfernt also, von großen und mächtigen Parteien getragen und gestützt zu sein, ist das brittische Staatswesen einer Partei-Verwirrung und Partei-Zersplitterung verfallen, wie sie nur je in den bewegtesten Staaten Deutschlands in dem bewegtesten Jahre 1848 anzutreffen war.

So weit sind die englischen Zustände den unsrigen vollkommen analog. Hier aber beginnt die große Verschiedenheit zwischen der inneren Politik Englands und derjenigen der deutschen Staaten.

In den letztern fand man es höchst natürlich, Ständeversammlungen, welche einer festen und sicheren Majorität entbehrten, aufzulösen. Schlug die Kur nicht durch, so wurde wieder aufgelöst und eine Kammer oktroyirt; brachtr auch diese keine ministerielle Majorität, so wurde mit der Minorität fortregiert und wenn auch eine ministerielle Minorität fehlte, so behalf man sich ohne Stände. Es steht eben fest in Deutschland, daß nur die jeweiligen Minister in dem alleinigen Besitze der allein richtigen gouvernementalen Prinzipien sind, und die Kammern so lange modifizirt werden müssen, bis sie zur Einsicht der Ministerien sich emporgearbeitet haben.

In England geht man gerade von dem entgegengesetzten Grundsatze aus. Fest steht von vorn herein die Nothwendigkeit der parlamentarischen Regierung und die Bemühungen der Minister und Ministerkandidaten gehen nicht darauf hinaus, ein Parlament in ihrem Sinne zu finden, sondern bezwecken gerade umgekehrt eine solche Minister-Kombination zu Stande zu bringen, welche eine Mehrheit des Parlaments zu vereinigen und für sich zu gewinnen Aussicht hat.

Damit ist die Doktrin, welche die Möglichkeit der parlamentarischen Regierung von dem Vorhandensein zweier starker, historischer Parteien abhängig machen will, in ihrer ganzen Lügenhaftigkeit aufgedeckt und der Erfolg wird zeigen, daß es auch bei der größten Gespaltenheit der Parteien immer noch eher möglich ist, ein Ministerium zu Stande zu bringen, welches in Uebereinstimmung mit einer aus verschiedenen Fraktionen zusammengesetzten Mehrheit regiert, als ein ganzes Volk in die Zwangsjacke einer beschränkten Ministerweisheit einzustecken.

Die festen Course der Londoner Börse mögen aber unsern Konservativen als ein Beweis gelten, daß das Prinzip der parlamentarischen Regierung denn doch noch stärkere Bürgschaften für die Stabilität und Ordnung darbietet, als der Grundsatz einer „starken" Regierung nach Minister-Launen und Polizei-Willkür.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Fünfunddreißigste Sitzung vom 4. März.

(Schluß.)

Bei § 67 geben die Kommissionsvorschläge dem Regierungs-Kommissar für landwirthschaftliche Angelegenheiten zu einem längern Vortrage Veranlassung. Er hält es für bedenklich, daß, wie die Kommission beantragt, die Verordnung auf sämmtliche Mitglieder der General-Kommissionen für anwendbar erklärt werde. Die Kammer ertheilt jedoch den Vorschlägen der Kommission ihre Zustimmung.

Die §§ 68 bis 84, welche die Auseinandersetzungs-Behörden, das General-Auditoriat und die Auditeure betreffend, so wie Uebergangsbestimmungen enthalten, werden theils in der durch die Kommission modificirten, theils in der ursprünglichen Fassung der Regierungsvorlage ohne Debatte angenommen. Ein von der Kommission vorgeschlagener Schlußparagraph wird ebenfalls angenommen. Er lautet:

„Dieses Gesetz tritt an die Stelle der vorläufigen Verordnung vom 10. Juli 1849.

Bis zur Verkündigung eines allgemeinen Strafgesetzbuchs bleiben aber die §§ 1—4 und 6 der gedachten Verordnung in Kraft."

Endlich beantragt die Kommision: die Kammer wolle ihre Erklärung über die Genehmigung der Verordnung in folgender Formel aussprechen:

„die Gültigkeit der Verordnung vom 10. Juli 1849 erlischt, falls dieselbe nicht früher durch ein Gesetz außer Kraft gesetzt wird, mit dem Schlusse der gegenwärtigen Sitzungs-Periode der Kammer."

Dagegen schlägt der Abgeordnete Breithaupt (Wittstock) vor:

„a. das von der Kammer an Stelle der Verordnung vom 10. Juli 1849 beschlossene Gesetz den übrigen gesetzgebenden Gewalten als Gesetz vorzuschlagen;

b. einstweilen aber die Beschlußnahme über die verfassungsmäßige Genehmigung der Verordnung vom 10. Juli 1849 vorzubehalten."

Es entspinnt sich eine kurze Debatte, an welcher sich Breithaupt und v. Vincke betheiligen. Letzterer hält das neue Gesetz für die Unabhängigkeit des Richterstandes benachtheiligend und wünscht, daß die oktroyirte Verordnung vom 10. Juli 1849 bis zur nächsten Kammerperiode ihren provisorischen Charakter behalte, da dann vielleicht ein besseres Gesetz an ihrer Stelle beschlossen werden dürfte. Diesen Sinn habe jedoch das Breithaupt'sche Amendement nicht, und er erkläre sich daher gegen dasselbe.

Die Kammer ertheilt jedoch dem Breithauptschen Amendement ihre Zustimmung.

Schluß der Sitzung ¾3 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Tagesordnung: Mehrere Etats.

Berlin, 5. März. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Appellationsgerichts-Direktor Welter zu Halberstadt zum Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts zu Paderborn zu ernennen.

Angekommen: Se. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 8. Division, von Voß, von Erfurt. Der General-Major und Kommandeur der 7. Kavallerie-Brigade, von Katte, von Magdeburg. — Abgereist: Se. Excellenz der großherzoglich hessische Staatsminister, Freiherr v. Dalwigk, nach Hamburg.

⊙ **Berlin,** im März. [Kirchliches. — II.] Anlangend die Form der Austritts-Erklärungen aus der evangelischen Landeskirche abseiten des zur sogenannten freien Gemeinde übergegangenen Theiles der Gemeinde zu Rothenburg an der Oder, theilt der Ober-Kirchenrath dem betreffenden Provinzial-Konsistorium zur Kenntnißnahme und Beachtung mit, daß der Herr Justiz-Minister dem Appellations-Gerichte entgegen erklärt habe, es stehe den Gerichtsbehörden bei der Aufnahme von solchen Austritts-Erklärungen eine Prüfung der Gründe nicht zu. Wie ersichtlich wird, hat das Ober-Gericht die Austritts-Erklärungen zu Rothenburg a. d. O. deshalb für unzulässig erachtet, weil die Extrahenten sich von den Glaubenslehren der evangelischen Kirche loszusagen nicht gesonnen seien, vielmehr nur aus dem Konsistorial-Verbande auszutreten gesonnen seien. Mit dieser Art der Auffassung kann sich der Justizminister nicht einverstanden erklären, da das Gesetz den Gerichtsbehörden ganz allgemein die Pflicht auferlegt, die Austrittserklärungen aufzunehmen, ohne denselben hierbei eine Prüfung der Gründe zu gestatten, aus welchen der Austritt aus der Kirche beabsichtigt wird. In der Verordnung vom 30. März 1847 wird nirgends zwischen den innern Gründen, welche das Dogma betreffen, und äußeren Gründen, welche sich auf die Ausübung des Kirchenregiments beziehen, unterschieden und es wird nirgends bestimmt, daß in dem einen Falle der Austritt gestattet, in dem andern verweigert werden soll. Im Gegentheil wird der Natur der Sache gemäß ganz allgemein angeordnet, daß wer überhaupt, also aus welchem Grunde dies auch immer sei, aus der Kirche austreten wolle, dies unter gewissen im § 17 a. a. O. näher bestimmten äußeren Formen erklären müsse. Der Richter hat diesem Verlangen zu entsprechen, ohne daß er befugt wäre, auf eine Prüfung der Gründe des Austritts einzugehen oder Unterscheidungen aufzustellen, welche dem Gesetze fremd sind. Falls demnach wirklich um Aufnahme einer

Erklärung des Austritts aus der Kirche gebeten wird, so ist dem Antrage stattzugeben, ohne daß die Gründe, auf welchen der Antrag beruht, einer Prüfung unterworfen werden können. Anders verhält es sich aber, wenn nicht um Aufnahme der Austritts-Erklärung aus der Kirche, sondern nur aus dem Konsistorial-Verbande gebeten wird, wie dies hin und wieder geschehen ist. Ein Antrag dieser letzteren Art ist gesetzlich unzulässig und zurückzuweisen, da die Verordnung vom 30. März 1847 ein Verbleiben in der Kirche ohne Anerkennung des Kirchenregiments nicht kennt, und ein solches Verhältniß auch insofern ganz undenkbar ist, als zu dem Begriff der Kirche das Kirchenregiment als die äußere Organisation derselben wesentlich gehört.

[Aus der gestern erwähnten Broschüre „Von Warschau bis Olmütz"] entnehmen wir folgende, den Wortlaut des Warschauer Protokolls enthaltende Aktenstücke:

Vorschläge Preußens.	Rückäußerungen resp. Vorschläge Oesterreichs.
1. Gleichstellung Oesterreichs und Preußens in Bezug auf die Präsidialfrage.	Ad 1. Oesterreich willigt nicht in diesen Anspruch, sondern schlägt vor, die Entscheidung hierüber sämmtlichen Bundesgliedern anheimzustellen.
2. Herstellung der siebenzehn Stimmen unter Form des Bundesrathes mit analogen Befugnissen, wie sie die Bundesakte der Bundesversammlung beigelegt.	Ad 2. Oesterreich erklärt sich hiermit einverstanden.
3. Uebertragung der eigentlichen Exekutive an Oesterreich und Preußen.	Ad. 3. Oesterreich schlägt vor, Begründung einer kräftigen Exekutive.
4. Zur Zeit keine Verbindung einer Volksvertretung mit dem Bundesrathe.	Ad 4. Oesterreich erklärt sich hiermit einverstanden.
5. Aufnahme der österreichischen Gesammtmonarchie in den deutschen Bund.	Ad. 5. Oesterreich erklärt sich hiermit einverstanden.
6. Anerkennung des Prinzips der freien Unirung für diejenigen Staaten, welche sich freiwillig hierzu verbinden wollen unter der Bedingung, daß deren bundesstaatliche Union mit der Verfassung des Bundes nirgends in Widerspruch stehe.	Ad 6. Oesterreich kann sich hiermit nur um so mehr einverstanden erklären, als das Recht der Bundesglieder, Bündnisse und Verbindungen einzugehen, insoweit sie nicht gegen den Geist und gegen den Zweck, mit einem Worte gegen die Sicherheit des Bundes gerichtet sind, im Art. 11 der von Oesterreich stets gültig anerkannten Bundesakte gegründet ist.

Als erste Bedingung muß Oesterreich demnach das vollständige Aufgeben der Verfassung vom 28. Mai betrachten, als zweite, daß der Bund in seiner jetzigen Stellung nicht berührt und die besthende Bundesversammlung unangefochten gelassen werde. Unter diesen Voraussetzungen und nach vorhergegangener Verständigung zwischen den beiden Kabineten über obige sechs Punkte erklärte sich Oesterreich bereit, dieselben mit Preußen als gemeinschaftliche Anträge den sämmtlichen übrigen deutschen Bundesstaaten vorzulegen und letztere einzuladen, behufs der Revision der Bundesakte vom Jahre 1815 Bevollmächtigte an einen geeigneten Ort zu senden. Oesterreich will diese Konferenzen nach Analogie der im Jahre 1819 abgehaltenen Ministerial-Konferenzen. Preußen behält sich seine Erklärung vor. Endlich muß Oesterreich darauf bestehen, nach Analogie des bei der Wiener Schlußakte beobachteten Verfahrens, daß das Resultat der neu zu eröffnenden Ministerial-Konferenzen über die Revision der Bundesakte durch einen förmlichen Bundesbeschluß zu einem der Bundesakte an Kraft und Gültigkeit gleichem Grundgesetze des Bundes erhoben werde. Preußen schlägt als Sitz der Konferenzen Dresden und Oesterreich Wien vor.

Warschau, den 28. Oktober 1850.

Preußen gab dazu noch folgende Erklärung: „Es behält sich seine Erwiderung auf die ad Punkt 1 und 2 von Oesterreich gegebene Antwort vor. In Bezug auf die von Oesterreich aufgestellte Vorbedingung des vollständigen Aufgebens der Verfassung vom 28. Mai erklärt der k. Ministerpräsident, daß er nicht einseitig dem Wortlaut des Protokolls über die 35. Sitzung des provisorischen Fürstenkollegiums vom 8. Oktober 1850 abzuändern im Stande sei, daß aber eine Erklärung über den betreffenden Gegenstand beigebracht werden solle, welche in Einklang mit dem Punkte 6 der preußischen Vorschläge stehe. Zur zweiten österreichischen Bedingung für ein weiteres Einverständniß muß bemerkt werden, **daß die Anerkennung der gegenwärtig in Frankfurt tagenden Bundesversammlung nicht ausgesprochen noch gemeint sei,** wenn Preußen dieselbe in ihrem Bestehen unangefochten lassen will. Preußen ist einverstanden damit, daß die zum Zweck der Revision der Bundesakte von 1815 zu berufende Versammlung von Bevollmächtigten aller deutschen Regierungen ihre Berathungen nach Analogie der Wiener Konferenzen von 1819 halte. Ueber das Präsidium bei diesen Konferenzen, als deren Sitz Oesterreich Wien und Preußen Dresden vorschlägt, soll eine Einigung bei Beginn derselben stattfinden. Preußen ist damit einverstanden, daß das Resultat der neu zu eröffnenden Konferenzen über die Revision der Bundesakte durch einen förmlichen Bundesbeschluß zu einem der Bundesakte an Kraft und Gültigkeit gleichem Grundgesetze des Bundes erhoben werde; **setzt dabei jedoch selbstverständlich voraus, daß dieser Bundesbeschluß erst von dem aus der freien Berathung hervorgehenden neuen Centralorgan gefaßt werden könne.**

Warschau, den 28. Oktober 1850.

Durch königl. Ordre vom 27. Februar d. J. ist den Kammern folgender Gesetz-Entwurf vorgelegt, betreffend **den ferneren außerordentlichen Geldbedarf der Militär-Verwaltung für die Jahre 1850 und 1851, so wie die Beschaffung der zur Deckung desselben erforderlichen Geldmittel:**

§ 1. Unseren Ministern des Krieges und der Finanzen wird zu den im Jahre 1850 erforderlich gewordenen außerordentlichen Bedürfnissen der Militär-Verwaltung, außer den bereits durch das Gesetz vom 7. März 1850 bewilligten 18 Millionen Thalern, ein fernerer Kredit zum Betrage von 11 Millionen Thalern, und zu gleichem Zwecke für das Jahr 1851 ein Kredit von 3 Millionen Thaler eröffnet.

§ 2. Zur Deckung des Gesammtbetrages von 14 Millionen Thalern sind der General-Staatskasse aus den baaren Beständen des Staatsschatzes 4 Millionen Thaler und ferner die nach dem Gesetze vom . . . . . im Laufe dieses Jahres verfügbar werdenden Bestände der Darlehns-Kassen bis auf Höhe von 10 Mill. Thalern zu überweisen.

§ 3. Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Kriegsminister und der Finanzminister beauftragt.

In den Motiven zu diesem Gesetzentwurf wird bemerkt, daß die in Folge des Kredits vom 7. März v. J. aufgenommene Anleihe von 18 Million Thaler für 16 Million in $4\frac{1}{2}$ pCnt. Schuldverschreibungen . . . . 15,460,000 Thlr. eingetragen habe. Von den an die General-Staatskasse abgegebenen 2 Millionen Thalern werden bei successiver Verwerthung zum ungefähren Durchschnittskourse von 99 pCent. aufkommen . . . . 1,980,000 Thlr.

Dies ergiebt eine disponible Summe von 17,440,000 Thlr.

Dagegen sind zu den Mehrkosten der Militär-Verwaltung bis 1. Oktober 1850 verwendet . 6,438,764 Thlr. 22 Sgr. 9 Pf.

so wie ferner für die Monate Oktober, November und Dezember 1850 . . . . 8,654,764 Thlr. 9 Sgr. 1 Pf.

Außerdem betragen die einmaligen Kosten der im Novbr. 1850 angeordneten und ausgeführten Mobilmachung der Armee . . . . 11,331,665 Thlr. 27 Sgr. 7 Pf.

Dazu kommen noch die für die bisherigen Kriegslieferungen nach den Durchschnittspreisen zu gewährenden Vergütigungen mit circa . . . . 2,300,000 Thlr. „ Sgr. „ Pf.

Es ergiebt sich also für 1850 im Ganzen ein Mehrbedarf der Militair-Verwaltung von . . . 28,725,194 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf., so daß außer dem vorhandenen Ertrage der Anleihe von 18 Millionen Thalern 11,285,194 Thlr. 29 Sgr. 5 Pf. noch zu decken bleiben. Um diese zum größten Theile bereits geleisteten, zum Theil in der nächsten Zeit zu leistenden Ausgaben zu bestreiten, hat man den sich auf etwa 4 Millionen Thaler belaufenden disponiblen Beständen des Staatsschatzes vorläufig einen Betrag von 3 Mill. Thlr. der General-Staatskasse als Vorschuß überweisen müssen. Außer jenem Mehrbedarf für 1850 wird aber auch noch im Jahre 1851 bis zu dem Zeitpunkte, wo die politischen Verhältnisse die gänzliche Zurückführung der bereits bedeutend verminderten Armee auf den Friedensstand möglich machen werden, ein bedeutender Mehrbedarf für die Militär-Verwaltung nöthig sein, dessen Höhe sich zur Zeit zwar noch nicht einmal annähernd übersehen läßt, jedenfalls aber nicht unter 3 Mill. Thaler betragen wird.

Es ist deshalb in dem vorgelegten Gesetz-Entwurfe darauf angetragen, dem Kriegsminister für den Mehrbedarf der Armee im Jahre 1850 einen ferneren Kredit in der runden Summe von 11 Mill. Thlr. und zu gleichem Zwecke im Jahre 1851 einen außerordentlichen Kredit von 3 Mill. Thlr. zu bewilligen und zur Deckung dieser Kredite der General-Staatskasse die vorhandenen im Laufe des Jahres 1851 nach und nach eingehenden 10 Mill. Thlr. Darlehns-Kassenscheine (deren Uebernahme als unverzinsliche Staatsschuld durch Vorlage eines besonderen Gesetzentwurfs beantragt worden ist) und aus den Baarbeständen des Staatsschatzes, einschließlich der darauf bereits vorschußweise entnommenen 3 Mill. Thlr., überhaupt 4 Mill. Thlr. zu überweisen.

Die Abg. der ersten Kammer, Denzin und Graf Itzenplitz, haben folgenden bemerkenswerthen und ausführlich motivirten Antrag gestellt:

„Die Kammer wolle beschließen: an die Staatsregierung den Antrag zu richten, daß dieselbe den Kammern noch im Laufe dieser Sitzung die geeigneten Vorlagen machen möge, damit die Gemeinde-Ordnung und die Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung vom 11. März 1850 diejenigen Abänderungen erhalten, welche sich zu einer dem wesentlichen Zwecke dieser Gesetze entsprechendeu Ausführung derselben, namentlich in den 6 östlichen Provinzen des Staates, schon nach den bisherigen Erfahrungen als nothwendig ergeben haben."

Berlin, 5. März. [Tagesbericht.] Die Nat.-Ztg. bringt an der Spitze ihres heutigen Abendblattes folgende Betrachtungen: „In der Sphäre unsrer höhern Politik ist eine gewisse unheimliche Stille eingetreten. Es spannen sich bisher wenigstens fortwährend Unterhandlungen hin und her, man hatte Beschäftigung; man besah dies und jenes Projekt, diese und jene Eventualität, und wenn auch zuletzt sich kein Ergebniß nach irgend einer Seite hin herausstellen wollte, so wurde doch immer durch allen diesen Stoff die Zeit auf irgend eine Weise ausgefüllt. — Oesterreich scheint jetzt für die leisen Anstalten zu einer neuen Opposition, welche in Dresden hervortraten, dadurch Rache nehmen zu wollen, daß es vorläufig den ganzen bisherigen unproduktiven Gedankenaustausch abbricht, und so überall jenes angstvolle Gefühl einer vollständigen Leere entstehen läßt, welches allmälig so unerträglich werden dürfte, daß man zuletzt um jeden Preis von ihm loszukommen sucht. — Umsonst erwartet man hier fortwährend Eröffnungen aus Wien, um die Verständigung an irgend einem Punkte wieder anzuknüpfen. Die Wiener Staatskanzlei beharrt im hartnäckigsten Stillschweigen, umhüllt ihre nächsten Absichten mit undurchdringlichem Geheimniß. Graf Arnim befindet sich fortwährend hier; man ist in Verlegenheit über die ihm zu ertheilenden Instruktionen, für die es im Grunde an jedem Anhaltspunkte fehlt. Die vierzehntägige Frist ist fast abgelaufen; man weiß nicht, ob Oesterreich sie verlängern, ob es überhaupt sich um die Dresdener Konferenzen noch weiter kümmern will. Es scheint, daß Fürst Schwarzenberg sich in keinem Falle wieder dorthin begeben wird. Worüber soll man auch verhandeln? Es fehlt jeder klare Begriff, was werden soll. — Unterdessen tauchen Gerüchte auf von einer österreichischen Mine, die plötzlich in Frankfurt springen werde, von einer revidirten Verfassung, welche der „Eschenheimer Gassenklubb" plötzlich mit Stimmeneinhelligkeit zum endgültigen Beschluß erheben und den übrigen Staaten oktroyiren werde. Oder man erwartet plötzlich eine weit nach Norddeutschland greifende österreichische Union konstituirt zu sehen, gegen welche Preußen um so weniger werde ankämpfen können, als sie sich durchaus auf die von ihm so lange geltend gemachte Auslegung des Art. 11 der Bundesakte stützen werde. — Durch dergleichen dunkle Beunruhigung wird die Unbehaglichkeit der gegenwärtigen Leere allmälig bis ins Unerträgliche gesteigert. Die deutschen Regierungen haben sich nun bereits daran gewöhnt, die Initiative von Oesterreich zu erwarten, und dies scheint darauf zu rechnen, daß, wenn es die Dinge sich selbst überläßt, die Langeweile, die Rathlosigkeit und der Kleinmuth endlich überall in solcher Weise zunehmen, daß man zuletzt jedes Ultimatum als den Retter aus der Noth begrüßen wird, was es auch bringen möge."

Die D. Ref. sieht sich zu folgenden beiden Erklärungen veranlaßt:

1) Die der „Augsb. Allg. Ztg." von Wien her aus „zuverlässiger Quelle" zugegangene Nachricht, daß preußischerseits in London ein Darlehn von 4 Millionen Pfund Sterling zu $87\frac{1}{2}$ und 4 pCt. abgeschlossen sei, ist durchaus unwahr, und nicht einmal von dem Versuche eines solchen Darlehns die Rede gewesen.

2) „Die Politik der baierischen Regierung" lautet der Titel einer Brochüre, welche seit einigen Tagen in München ausgegeben wird. Man soll daraus erfahren können, daß es eine sogenannte baierische Politik bereits seit 1848 gegeben habe. Aufmerksame Leser wollen dergleichen in Abrede stellen. Denn jedenfalls bleibt es mehr als zweifelhaft, ob das ergebene Nicken und Bücken des baierischen Ministeriums vor jeder Wendung der österreichischen Diplomatie bereits ein politisches Verfahren genannt zu werden verdient. Es steht übrigens dem Verfasser jener Schrift allerdings wohl zu, eine neue Nutzanwendung von der Moral der bekannten Fabel aufzustellen: wir meinen die Fliege, die auf dem pflügenden Rosse saß, um sich von seinem Schweiße zu nähren, und laut triumphirend ihrem Träger zurief, sieh, wie wir pflügen.

(N. Pr. Z.) Gestern Abend fand im königl. Schlosse das letzte diesjährige große Fest statt. Die Anordnung war ganz dieselbe wie die letzten Male. Der Ball begann um 9 Uhr mit der von den allerhöchsten Herrschaften aufgeführten Polonaise und endigte gegen 2 Uhr. Um 11 Uhr war das Souper. — Zu allgemeiner Freude erschienen Ihre Majestät die Königin wieder und schienen völlig hergestellt zu sein. Es waren gegen 1000 Personen anwesend, darunter viele Mitglieder beider Kammern.

(Voß. Z.) Die Arbeiten der Kommission für das Preßgesetz in der ersten Kammer werden voraussichtlich eine längere Zeit in Anspruch nehmen, als man bei der Zurückverweisung der gestellten Amendements an dieselbe erwartete. Im Schooße derselben sind die durchgreifendsten Fragen angeregt und man hat beschlossen, sowohl Sachverständige als auch alle Antragsteller von Amendements zu hören. Als Sachverständige sind ein Redakteur einer hiesigen Zeitung (Spiker), ein Verlags- und ein Sortimentsbuchhändler (Parthey und Reimer) eingeladen worden, ihre Gutachten abzugeben, und hat dies bereits stattgefunden. Soweit man vernimmt, darf die Hoffnung auf Milderung der Strafbestimmungen, sowie auf Aufhebung aller den Gewerbebetrieb beengenden und die Freiheit der Presse gefährdenden Punkte nicht aufgegeben werden.

Nach der neuesten Nummer des „Kirchlichen Anzeigers für die Katholiken in der Mark Brandenburg und Pommern" befindet sich J. Maj. die Königin im Besitze eines Gebetbuches, dessen sich einst die heilige Hedwig, die Schutzpatronin der Berliner Gemeinde, bediente. Se. Maj. der König, der Patron der Gemeinde ist, will der Kapelle des neu zu erbauenden katholischen Krankenhauses den vom Bildhauer Achtermann gefertigten Gipsabguß der Pietà schenken, welche im Dom zu Münster aufgestellt ist.

Die Ernennung des Hrn. v. Minutoli zum Generalkonsul in Madrid soll jetzt bereits im Patent vollzogen sein. (C. B.)

Deutschland.

Dresden, 28. Febr. Heute ist im Brühl'schen Palast wieder eine Plenarkonferenz abgehalten worden. Auch diese Sitzung war eine sehr lange. Es hat sich in derselben um einen vermittelnden Antrag von Seite der beiden Hauptmächte gehandelt, dahin gehend, die vorliegenden Anträge einer außerordentlichen Kommission zu nochmaliger Begutachtung zu überweisen, welche Begutachtung zunächst an die erste und zweite schon bestehende Kommission der Konferenz mitgetheilt werden soll. Dieser Antrag ist denn auch durchgegangen, und die außerordentliche Kommission ernannt worden, in der besonders die in den bestehenden Kommissionen noch nicht betheiligten Staaten sitzen. Die Sachverständigen setzen ihre Arbeiten in täglichen Sitzungen fort. (A. Z.)

Karlsruhe, 1. März. [Verschiedenes.] Gestern ist der Bevollmächtigte bei den Dresdener Konferenzen, Staatsminister Freiherr v. Rüdt, hier eingetroffen. — Der frühere preußische Artillerie-Offizier und nachherige Freischaarenführer August Willich ist wegen seiner Betheiligung an der badischen Revolution vom Hofgericht des Mittelrheinkreises zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

In dem mit dem 1. d. M. in Wirksamkeit getretenen neuen badischen Preßgesetze vom 15. d. M. sind als leitende Grundsätze aufgestellt: Abschaffung der Censur, Verbot der Anonymität, System der Kautionen, successive Haftbarkeit des Verfassers, Herausgebers, Verlegers, Druckers und Verbreiters, Kompetenz der ordentlichen Gerichte hinsichtlich aller Preßvergehen, und zwar für alle schwereren Fälle der Schwurgerichte. Die Beschränkung des Postdebits, Entziehung der Gewerbsbefugnisse und dergl. finden sich nicht in den Bestimmungen des fraglichen Gesetzes vor.

**** Kassel,** 4. März. [Tagesbericht.] Staatsrath Scheffer, welcher bekanntlich dem Bundes-Civil-Kommissar in den kurhessischen Angelegenheiten als kurhessischer Kommissar beigegeben war, ist plötzlich von hier abgereist. Mit der Versehung dieses Postens ist der Regierungsrath Wegener beauftragt worden. Scheffer ist jüngsthin erst noch mit einem kurh. höheren Orden geschmückt worden, woraus sich wohl nicht auf eine allerhöchste Ungnade schließen läßt. Das Organ der dermaligen Regierung sagt ganz mysteriös: „Scheffer sei auf unbestimmte Zeit abgereist." — Staatsminister Uhden wird in demselben Gasthofe sein Quartier nehmen, wo Graf Leiningen wohnt. — Der Rektor der hiesigen Realschule, Dr. Gräfe, ist heute Mittag von der Untersuchungs-Kommission des Kriegsgerichts verhaftet und in das Kastell abgeführt worden. Dem Vernehmen nach ist diese Verhaftung durch die von Gräfe herausgegebene Schrift: „Der Verfassungskampf in Kurhessen nach Entstehung, Fortgang und Ende historisch geschildert", im Zusammenhange. Dr. Gräfe ist übrigens Mitglied des bleibenden landständischen Ausschusses. Da man sich freilich um solche Kleinigkeiten nicht mehr kümmert, so kommt gar nicht in Betracht, was die verfassungsmäßigen Formen gewesen wären.

Hannover, 4. März. [Zweite Kammer.] Der Präsident eröffnet die Berathung über die „deutsche Frage". (Lange Pause.) — Garssen: Er wolle sich den Antrag erlauben, das Schreiben zu den Akten zu nehmen. Das Schreiben spreche über verschiedene Ereignisse in Deutschland. Ueber den Theil derselben, welcher abgeschlossen sei, sei eine Aeußerung der Stände völlig bedeutungslos, der andere Theil sei noch schwebend. Das Verhalten der Regierung diesen Ereignissen gegenüber zu beurtheilen, nimmt die Regierung mit Grund Anstand, uns das erforderliche Material mitzutheilen. Unter diesen Umständen scheint es am räthlichsten, das Schreiben einfach zu den Akten zu nehmen. — Ellissen: Das zu den Akten nehmen sei ein wohlfeiler Weg, der Sache sich zu entledigen, aber schwerlich ein Weg, wie ihn das Land von seinen Vertretern zu fordern berechtigt ist. Die Sachen in Deutschland liegen im Argen und freilich hat die Regierung Hannovers ihre Lenkung nicht in Händen, aber sie habe sich bei Akten betheiligt, die man nur mit Bedauern nennen könne, bei der Reaktivirung des Bundestages, dem gewaltsamen Verfahren gegen die verfassungstreuen Hessen, und dem, was das Herz sich auszusprechen empört, dem Einschreiten in Holstein. Wenn man sich auf den Standpunkt des Rechtsbewußtseins, der Vaterlandsliebe und der Humanität stelle, so lasten jene Ereignisse schwer und drückend auf dem Gemüthe, und doch müsse er gestehen, liegt eine Art Befriedigung für ihn darin. Er komme da freilich zu einem Resultate, wie, mit Erlaubniß zu sagen, die Niedersächsische oder die Kreuzzeitung, und vielleicht gar in die Gefahr, von dieser Seite her gelobt zu werden. Er sehe nämlich durch jene Vorgänge die letzte Frucht der Erhebung von 1848, die freilich keine süße, aber dennoch eine gute Frucht sei, sichergestellt, nämlich die der gänzlichen Aufhebung des vormärzlichen kindlichen Vertrauens. — Die Zeit, fährt der Redner, auf die Politik unserer Regierung zurückkommend, fort, ist vorüber, wo Hannover das Zünglein in der Wage der Geschicke Deutschlands lenken konnte; es gab einst eine solche Zeit, sie ist ungenützt verstrichen. Das Land Heinrich des Löwen legt kein Gewicht mehr in die Wagschale, es muß sich seine Politik von Wien aus vorschreiben lassen. Er sei nicht gewillt, wegen eines der jetzigen Regierung vielleicht durch die Noth gebotenen Verhaltens mit einer Mißtrauenserklärung ihr entgegenzutreten, aber eben so wenig sei es für die Vertreter des Landes möglich, ein beistimmendes Vertrauensvotum auszusprechen. Weltkundige Ereignisse liegen vor uns, es bedarf über sie keiner Mittheilung. Keiner ist im Hause, der nicht empört wäre über die Vorgänge in Hessen, der nicht beschämt die Augen niederschlüge über das, was in Schleswig-Holstein geschehen ist, der es gut heißen könne, daß Hannover an der Reaktivirung des Bundestages sich betheiligte. Das auszusprechen liege den Ständen ob. Ein solcher Ausspruch enthalte kein Mißtrauensvotum, ihr Urtheil enthalte nur einen Rath für die Zukunft. Ich empfehle daher dringend folgenden Antrag:

„Indem Stände es beklagen, daß die königl. Regierung laut ihrer Erklärung in der Lage gewesen, der Theilnahme an der versuchten Reaktivirung der aufgehobenen deutschen Bundesversammlung sich nicht entziehen zu können, indem sie ferner über die von der genannten Versammlung veranlaßte bewaffnete Unterstützung eines notorischen Rechts- und Verfassungsbruchs in Kurhessen, so wie über den Durchmarsch einer sogenannten Bundes-Exekutions-Armee durch das Königreich zur Förderung der Gewaltmaßregeln Dänemarks gegen die Herzogthümer Schleswig-Holstein, ihr der tiefen und allgemeinen Mißstimmung des Landes über diese Vorgänge entsprechendes Bedauern ausdrücken, sehen sie, in Ermangelung der zur Feststellung eines Urtheils erforderlichen näher und aktenmäßig belegten Auskunft über das Verhältniß der k. Regierung zu den berührten Vorgängen, vor der Hand sich außer Stande, auf das Schreiben des Gesammtministerii vom 15. Febr., die deutsche Frage betreffend, die gewünschte Rückäußerung zu ertheilen. Sie müssen vielmehr, bis auf weitere Mittheilungen, sich auf das Gesuch beschränken,

königliche Regierung wolle, in Gemäßheit des ständischen Vortrags vom 16. Januar 1850, nach Kräften dahin wirken, daß baldigst nach einem das Vertrauen des Volks verdienenden Wahlgesetze eine allgemeine deutsche Nationalvertretung berufen, daß auf diesem Wege der unheilvollen Herrschaft der Gewalt und Zwietracht, welcher Deutschland gegenwärtig preisgegeben ist, ein Ziel gesetzt und durch die Herstellung eines geordneten Rechtszustandes, wie sie den Bundesbeschlüssen vom März und April 1848 und den damaligen feierlichen Zusagen sämmtlicher deutschen Regierungen entspricht, dem gänzlichen Ruin des Vaterlandes vorgebeugt werde."

Außer dem Antrage Garssen's und Ellissen's wurde von Grumbrecht ein eventueller Antrag auf Niedersetzung einer Kommission von je 5 Mitgliedern beider Häuser gestellt. Die äußerste Linke erklärte sich für den Antrag Garssens, für das Uebergehen zur Tagesordnung. Bei der von Ellissen beantragten namentlichen Abstimmung wurden successive der Antrag Ellissens mit 42 gegen 32, der Grumbrechts mit überwiegender Mehrheit abgelehnt, der Garssen'sche Antrag angenommen. (Hann. Bl.)

Malchin, 2. März. [In heutiger Sitzung des Landtages] kam unter andern ein Regierungsreskript zur Verlesung, in welchem auf die Nothwendigkeit der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigungen hingewiesen, dieselbe in mehreren Fällen weitläuftiger motivirt und deshalb eine als Anlage beigefügte „Verordnung wegen Wiederherstellung der körperlichen Züchtigung als Strafe" zur ständischen Approbation empfohlen wird. Der Landtag beschloß, das Reskript nebst Anlage in den Justizausschuß zu geben. (N. Z.)

Aus Holstein, 4. März. Die in Ausführung begriffene Dislokation der k. k. österreichischen Truppen wird in den nächsten Tagen beendet sein. Das Hauptquartier des ganzen in Norddeutschland befindlichen österreichischen Armeekorps wird jedoch bis auf Weiteres in Altona verbleiben. Die Kantonnements werden jetzt in der Weise vertheilt, wonach die Truppenanhäufung an einem Punkte beseitigt und die Einquartierungs-Angelegenheit nach dem gerechten Maßstabe der obwaltenden Bevölkerungs-Verhältnisse repartirt erscheinen dürfte. Was die Neubildung des holstein-lauenburgischen Bundeskontingents betrifft, so sind bereits die nöthigen Vorkehrungen getroffen, um selbe demnächst in Angriff nehmen zu können." Die schleswig-holsteinsche Armee ist zwar noch nicht ganz bis auf die Kadres reduzirt, indeß dürfte die bezügliche Anordnung nicht mehr lange auf sich warten lassen. Sämmtliches Kriegsmaterial, die Batterien der aufgelösten Artillerieabtheilungen, Munition u. s. w. befinden sich im Neuwerk von Rendsburg oder werden zum Theil noch dahin geschafft. Die Stimmung im Lande ist noch immer eine gedrückte zu nennen. (Ref.)

Kopenhagen, 1. März. Der außerordentliche Regierungs-Kommissarius Geheimerath v. Tillisch ist heute Abend hier eingetroffen, nachdem er vor seiner Abreise aus dem Herzogthume eine Rundreise in demselben gemacht hat. Der Geheimerath v. Pechlin ist noch nicht von hier nach Deutschland abgereist. (Ref.)

Oesterreich.

8 **Wien,** 5. März. [Zwischen dem Hof in Prag und dem hiesigen bestand bisher eine so große Spannung,] daß sie gar nicht verhehlt werden konnte und zu den Neuigkeiten des Tages gehörte, über die man sich von Zeit zu Zeit neue Fakta mittheilte, namentlich bildete der gescheiterte Besuch des Erzherzogs Franz Karl im verflossenen Jahr, den er mit der Erzherzogin Sophie dem älteren Kaiser in Innsbruck abstatten wollte, das Hauptthema in dieser Beziehung, da damals das kaiserliche Paar in Eile nach Südtyrol abgereist war, um diese Visite zu vereiteln. Desto überraschender klingt darum die übrigens ziemlich verbürgte Nachricht von einer zwischen den beiden Kaiserhöfen erfolgten Aussöhnung, welche sogar durch einen Besuch besiegelt werden soll, welchen Kaiser Ferdinand mit seiner Gemahlin in zwei Monaten im Schlosse zu Schönbrunn abstatten würde. Die Zwischenzeit muß mithin von Seite einer bekannten Partei auf das Eifrigste benützt worden sein, um einen derartigen Rollenwechsel herbeizuführen, wo der Gekränkte gleichsam Versöhnung sucht; wie man vernimmt, wäre diese räthselhafte Verwandlung der Gemüther auf geistlichen Beirath zu schieben, für welchen bekanntlich die Kaiserin Anna eine große Vorliebe besitzt und die auf geschickte Weise ausgebeutet, Alles erklärbar erscheinen läßt, zumal die mächtige Hand des Kardinals Schwarzenberg hierbei im Spiele gewesen zu sein scheint. — Das Fabrikgebäude des Hrn. Liebenberg zu Klosterbruck bei Znaim in Mähren ist vom Aerar um die Summe von 130,000 Fl. angekauft worden, indem das Kriegsministerium gesonnen ist, die hiesige k. k. Ingenieur-Akademie dahin zu verlegen, da die Vergnügungen der Residenz den Geist der Jünglinge allzu sehr zerstreut und die häufigen Berührungen mit der Außenwelt die Ansteckung des politischen Zeitgeistes befürchten lassen.

N. B. **Wien,** 5. März. [Tagesbericht.] Wenn die deutsche Frage bis dahin erledigt sein wird, soll die Krönung des Kaisers unaufschiebbar im August d. J. hier feierlichst begangen werden. — Der französische, spanische und portugiesische Gesandte sollen den Fürsten Schwarzenberg auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht haben, durch einen europäischen Kongreß durchgreifende Revision der Verträge von 1815 vornehmen zu lassen. Fürst Schwarzenberg stellte das Wünschenswerthe eines derartigen europäischen Kongresses nicht in Abrede, remonstrirte aber entschieden gegen die Kompetenz desselben zur Entscheidung über die Frage des Eintritts von Gesammtösterreich in den deutschen Bund. — Im Handelsministerium beschäftigt man sich mit dem Plane, den Donaustrom durch das ganze Reich bis zur Mündung in das schwarze Meer nach einer systemmäßig durchgeführten Idee, der eine Eintheilung nach Perioden zur Basis dient, zu reguliren um dadurch Schifffahrt und Handel zu fördern. — Die Reform des Elbzollwesens ist wieder in entferntere Aussicht gestellt, da auf der Wiesbadener Zollkonferenz ein Beschluß über die früher festzustellende allgemeine Herabsetzung der Durchgangsabgaben im Zollverein nicht zu Stande kam.

N. B. **Wien,** 4. März. [Tagesbericht.] In neuester Zeit sind mehrere Noten von Würtemberg, Baden und Sachsen eingelaufen, welche hier die Hoffnung erweckten, daß man von diesen Seiten geneigt ist, sich den letzten Vorschlägen Oesterreichs anzuschließen. — Der englische Gesandte, Graf Westmoreland, ist mit seiner Familie hier angekommen und im Hotel zum „Römischen Kaiser" abgestiegen. — Neuerdings begiebt sich eine Deputation von Venedig hierher, um die Wiederherstellung des Freihafens zu erbitten. Als Mitglieder derselben wurden Baron Jacopo Treves, Baron Guido Avesani und Graf Girol Dandolo ernannt. — Der Kaiser ertheilte den italienischen Emigrirten die Erlaubniß zur Rückkehr ins Vaterland, oder zur Auswanderung

mit allen Begünstigungen einer gesetzlichen Auswanderung. Die Zahl derer, auf welche sich diese Verfügung erstreckt, soll 15,000 betragen, von denen sich bei 3000 bereits in Pirmont niedergelassen haben. — Die Villa in Monza bei Mailand wird nicht blos für den Marschall Radetzky, sondern auch für einen wohl noch etwas zweifelhaften Besuch des Kaisers im Frühjahre auf das Glänzendste hergerichtet werden. — Im Jahre 1847 wurde zwischen Oesterreich und Preußen ein Uebereinkommen wegen Erleichterung im Grenzverkehre abgeschlossen, dem Baiern am 7. Februar 1850 beitrat. Diesfalls sind abermals Verhandlungen eröffnet, welche den Anschluß von zwei andern Nachbarstaaten zum Zweck haben. — Auch mit Rußland sind neuerdings Verhandlungen im Gange, um die von den beiden Regierungen geschlossenen Salzverträge, welche mit diesem Jahre zu Ende gehen, wieder zu erneuen. — Ein Gerücht spricht von einem neuen Finanzplane, dessen Grundzüge auf einer Lotterie beruhen, bei welcher man viel gewinnen und wenig verlieren kann. Der Einsatz besteht nämlich in den Zinsen, deren Verlust nur ein scheinbarer wäre, weil die Loose gleich den Banknoten und Münzscheinen eine gesetzliche Währung vorstellen und weil sie ferner nach dem Verfalltage, insofern kein Treffer auf sie fällt, in klingender Münze eingelöst werden sollen. — Die Zölle vom Jahre 1850 haben gegen das frühere Jahr in den deutschen und ital. Kronländern einen Mehrertrag von 12 Millionen Gulden abgeworfen, ohne daß irgend eine Zollerhöhung stattfand. — Das evangelische Konsistorium, welches sonderbarer Weise noch immer von einem Katholiken, Herrn v. Kelér, präsidirt wird, hat sich in einer energischen Beschwerdeschrift an das Ministerium gewandt, weil eine Kreisregierung die Gleichberechtigung der Protestanten dahin auslegte, daß dieselbe nur innerhalb der bereits bestehenden (Josefinischen) Gesetze zu verstehen sei. Als Kuriosum verdient erwähnt zu werden, daß der Präsident des Konsistoriums gegen den Beschluß der Majorität ein Separatvotum einlegte.

Italien.

Von der italienischen Grenze, im März. [Drohende Zeichen.] Die Entfernung des Prinzen von Carignan aus dem Königreich wird als ein sicheres Anzeichen der in naher Zukunft bevorstehenden Intervention Oesterreichs betrachtet, denn nachdem der Plan des Prinzen, als Haupt der Absolutistenpartei in Sardinien selbst eine militärische Contrerevolution herbeizuführen, bekanntlich entdeckt wurde und vollkommen gescheitert ist, bleibt der heiligen Allianz allerdings nichts Anderes übrig, als der sardinischen Regierung direkt zu Leibe zu gehen. Prinz Carignan geht dahin, wo er hin gehört, in das Lager der Feinde Sardiniens, da sich die Stärke der inneren Feinde als zu schwach erwiesen hat. Die Truppenaufstellungen am Po dauern fort und die Errichtung von Feldspitälern und Magazinen läßt Ernst vermuthen, ja man traut der Entschlossenheit des Fürsten Schwarzenberg sogar eine Entthronung des Königs zu, falls er es zum Aeußersten kommen ließe und die Anfachung eines trikoloren Aufstandes versuchen wollte; vielleicht erklärt sich hieraus am Besten die Abreise des Prinzen Carignan, dessen Persönlichkeit den nordischen Mächten gewiß die beste Bürgschaft wäre. Wie auch immer die Dinge sich gestalten mögen, der Kampf gegen Sardinien und die Schweiz kann blos als das Avantgardengefecht betrachtet werden, das dem Angriff auf das Gros der Revolution, auf die franz. Republik, vorangeht. — Die Beweise von der gründlichen Pacifikation des italienischen Volkes treten täglich klar hervor; endlose Reihen von Füsilladen, Verhaftungen u. dgl. bilden gegenwärtig das öffentliche Leben Italiens; neuerdings wurde in Brescia ein Beamter abgesetzt, in Bergamo ein sehr reicher Nobili verhaftet, der mit der lombardischen Emigration in einem lebhaften Briefverkehr gestanden haben soll. Attentate auf einzelne Offiziere oder Soldaten gehören keineswegs zu den Seltenheiten, und das blutige Nachespiel, mit dem sie häufig endigen, ist keine Warnung für Andere, die sich zu sehr ihrem Groll überlassen, als daß sie der Stimme der Vorsicht und Mäßigung Gehör schenken könnten.

Frankreich.

× **Paris,** 3. März. [Tagesbericht.] Die Rede des Montagnard Dufraisse hat ein Resultat herbeigeführt, um das man sich lange vergeblich bemüht hat. Sie hat die Annäherung zwischen den Fraktionen der Majorität bewirkt, und diese Annäherung zeigte sich heute bei der Wahl der Bureaus für den Monat März durch die absolute Ausschließung jedes Mitgliedes, das irgend einer Nüance der Linken angehört. Durch die Vereinigung der Orleanisten, Legitimisten und Bonapartisten haben die Kandidaten der Rechten in allen 15 Abtheilungen gesiegt.

So wünschenswerth eine Einigung unter den verschiedenen Fraktionen der alten Majorität sein mag, so ist doch die Art, wie sie zu Stande gekommen, nur zu bedauern. Dieser exklusive Geist bei den Bureau-Wahlen ist ungeschickt, unpolitisch und ungerecht. Um gegen die Extravaganzen in der Rede Dufraisse's zu protestiren, glaubte die Majorität jedes Mitglied der Linken, auch der gemäßigtsten Nüance ausschließen zu müssen, und selbst der tiers-parti fand keine Gnade. Dufaure, Cavaignac, Lamoricière, Bixio sind gerade so mit dem Bann belegt worden, wie Michel (de Bourges), Colfavru, de Montjau und Marc Dufraisse. Dies ist eben so unpolitisch, wie ungerecht. Die Männer der gemäßigten Linken haben mit nicht geringerer Energie gegen die von Dufraisse vertheidigten Doktrinen protestirt, wie die Rechte. Die Rechte hätte demnach nicht besser thun können, als diese ehrenvollen Gegner an sich ziehen, um zu beweisen, daß sie von keinem exklusiven Geiste beherrscht wird und jene Männer des Bluts vollständig zu isoliren. Anstatt auf diese Weise die Reihen derjenigen, welche die Gesellschaft vertheidigen wollen, zu vergrößern, schwächt sie sie, um ihre Gegner zu stärken. Begreife wer kann diese Taktik!

Die Nat.-Versammlung hat heute beschlossen, bis zum nächsten Sonnabend keine Sitzung zu halten, und sich in diesen 4 Tagen mit der Prüfung des Budgets in den Abtheilungen zu beschäftigen.

Es wird versichert, daß mehre Mitglieder der Majorität den Präsidenten besucht haben, um ihn zu bewegen, ein definitives Ministerium zu bilden; der Präsident aber soll geantwortet haben, daß er noch warten wolle. Herr Bonoparte spricht im Allgemeinen sehr wenig; niemals aber hat er sich in ein so tiefes Schweigen versenkt, wie seit einiger Zeit.

Marc Dufraisse, der durch seine Rede am Sonnabend so viel von sich reden macht, war nicht ganz unbekannt. Er hatte sich bereits im Jahre 1837 berüchtigt gemacht durch eine monströse Apologie des Attentats von Fieschi. Aus dieser Apologie, welche man damals bei Blanqui vorgefunden, ersieht man, daß der Montagnard-Redner, welcher am Sonnabend das Postulat aussprach, „daß die Söhne der Könige in ihrer ganzen Linie verfolgt würden", den Prinzipien treu geblieben ist, die er vor 12 Jahren bekannt hat. — Glücklicher Weise theilen nicht alle Vertheidiger der Republik die Gefühle des Herrn Dufraisse, und so drückt sich z. B. die demokratische „Presse", welche in dergleichen Gegenständen nicht verdächtig ist, folgendermaßen aus: „Wenn die exceptionelle Justiz nur unwirksam wäre! Sie ist unglücklicher Weise etwas mehr, sie ist gehässig und ungerecht. Herr Marc Dufraisse machte gestern auf der Tribüne die Apologie der Verurtheilung Ludwig XVI. Wohlan! es muß gesagt werden, Ludwig XVI. ist nicht verurtheilt worden; nicht die Gerechtigkeit hat ihn auf das Schaffot geführt, sondern die Rache. Der Convent war kein Tribunal, sondern ein feindliches Lager, ein Lager, welches das Königthum besiegt hatte, und es im Temple gefangen hielt. Er hatte das Recht zu triumphiren; er hatte nicht das Recht zu tödten. Indem er eine Monarchie stürzte, übte er einen Akt der Souverainetät, in der Vollgewalt seines Rechts. Indem er aber auf dem Revolutionsplatze durch die Hand des Henkers, des Vollstreckers seiner Werke, einem Könige das Haupt abschlug, beging er eine Usurpation, und um Alles mit einem Worte zu sagen, ein Verbrechen."

General Narvaez hat gestern ein großes Diner gegeben, dem der Präsident der Republik und unter andern Personen von Bedeutung auch der Baron Rothschild beiwohnten.

Aus Turin wird gemeldet, daß auf eine Interpellation in der Deputirtenkammer in Bezug der Gerüchte auf Drohungen Oesterreichs, der Minister Cavour die Antwort gegeben hat, die Regierung habe bereits durch die „piemontesische Zeitung" alle diese Gerüchte dementiren lassen. Betreffs der Verdächtigungen einiger hoher Beamten, worauf die Interpellation ebenfalls gerichtet war, bemerkte derselbe Minister, daß dies kein Gegenstand öffentlicher Diskussion sein könne, daß aber die Zukunft zeigen werde, wie unbegründet diese Verdächtigungen wären.

[Die ungarische Emigration.] Man meldet aus Paris vom 2. März: Die zu Paris und London lebende ungarische Emigration hat sich zu einem offiziellen Schritte vereinigt, der nicht ohne Wichtigkeit ist. Sie hat vor einiger Zeit eine Kommission, deren Präsident Graf Ladislaus Teleky war, ernannt, die zur Aufgabe hatte, eine historisch-politische Denkschrift auszuarbeiten, in welcher aus Gründen des öffentlichen Rechtes gegen die Einverleibung Ungarns in den deutschen Bund protestirt werden soll. Diese Kommission hatte die Original-Urkunde der pragmatischen Sanktion, welche sich in London befindet, zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht, welche ziemlich ausgedehnt ist. Die gesammte Emigration hat sich nun versammelt, diese Protestation geprüft, angenommen, unterzeichnet und dieselbe gestern dem französischen Minister des Auswärtigen, den Gesandten von England und Nordamerika in officieller Weise übergeben. Die Gesandten Englands und die nordamerikanischen Freistaaten haben zugesagt, diese Protestation ihren respektiven Regierungen sofort zu übersenden. Was den französischen Minister, Brenier, betrifft, so hat er versprochen, die Protestation im Ministtrrathe zur Sprache ju bringen.

Norwegen.

Christiania, 25. Februar. Die neuesten Nachrichten aus Drontheim sind durchaus befriedigender Art. Die zur Herstellung der Ordnung getroffenen Maßregeln haben dem beabsichtigten Zwecke vollkommen entsprochen. — Vorgestern wurde die Regierung von der Absicht des hiesigen Arbeitervereins in Kunde gesetzt, zum gestrigen Tage eine Procession mit Fahnen und unter Absingung passender Lieder zu veranstalten, worauf dann dem König ein Hoch gebracht werden sollte. In Betracht der Unordnungen, die daraus entspringen könnten, erhielt die Polizei Befehl, noch in der Nacht die Hauptvorsteher dieses Vereins zu sich berufen zu lassen und ihnen die Ausführung ihres Vorhabens unter Androhung ihrer Verhaftung zu untersagen. Alle stellten sich ein, mit Ausnahme des Haupträdelsführers Thrane, der beim Erscheinen der Polizei Anfangs die Flucht ergriff; später fand er sich jedoch ebenfalls ein und es gelang den Vorstellungen der Polizei, die durch angemessene militärische Vorkehrungen unterstützt waren, diesen Unruhstiftern die Ueberzeugung beizubringen, daß es für sie selbst klüger gehandelt wäre, ihr Vorhaben zu unterlassen. Der Tag ging ruhig vorüber, einige Aufläufe von angetrunkenen und neugierigen Subjekten, die des Abends die Straßen durchstrichen, abgerechnet, und ein Einschreiten war nicht erforderlich. (H. C.)

Griechenland.

** **Athen,** 18. Febr. [Die Differenz des Ministeriums mit dem Senate] ist sehr ernstlich und kann nach Beschaffenheit der Umstände in hohem Grade folgenschwer werden. Der Senat hatte sich bekanntlich geweigert, der Wittwe des ermordeten Justizministers Korfiotakis nach dem Antrage des Ministeriums eine Pension zu bewilligen. Sparsamkeitsrücksichten, vielleicht auch persönliche Gründe gaben bei diesem Beschlusse den Ausschlag. Damit hätte es nun sein Bewenden gehabt, wenn nicht der Minister Christides in einer in seinem Hause abgehaltenen Privatgesellschaft sich der ehrenrührigsten und der verletzendsten Ausdrücke gegen den Senat bedient hätte. Die Beleidigungen wurden absichtlich ausgesprochen, da sich ein Senator, Namens Menis, gerade in jener Gesellschaft befand. Das Gerücht davon durchflog die Stadt und der Senat sah sich veranlaßt, an eine Ehrenrettung zu denken. In einer am 10. Februar abgehaltenen geheimen Sitzung beschloß derselbe, einen Tadel gegen das Ministerium auszusprechen. Hierüber entspann sich eine Kontroverse zwischen beiden Parteien, welche sich nunmehr wechselseitig die Verletzung der ihnen verfassungsmäßig zustehenden Prärogative vorwerfen. Der Streit hat sich so brennend gestaltet, daß man von Umstaltungen in der Zusammensetzung des Senates, ja sogar von bevorstehenden Staatsstreichen allgemein und anhaltend spricht.

Provinzial-Zeitung.

§ **Breslau,** 6. März. [Aus der heutigen Sitzung des Gemeinderathes.] Bevor die Versammlung zur Tagesordnung übergeht, verliest der Vorsitzende ein Schreiben des Gemeindeverordneten Hrn. Rechtsanwalt Löwe, worin dieser den Herren vom Gemeinderathe für die Wahl zum Bürgermeister-Beigeordneten seinen Dank ausspricht. Ganz besonders fühle er sich zum Danke dafür verpflichtet, daß er mit einer Majorität gewählt worden, die in ihm die Hoffnung auf das Vertrauen der Versammlung erwecken dürfe, an ihm werde es sein, durch treue Pflichterfüllung dieses Vertrauen zu rechtfertigen.

Eine Petition des Magistrats an die Minister für Handel und Finanzen, betreffend die Angelegenheit der Regulirung des Oderstroms, welche gegenwärtig in der zweiten Kammer zur Verhandlung kommt, wird als dringlich anerkannt und ohne Debatte genehmigt.

Hierauf stellt der Vorsitzende den Dringlichkeits-Antrag, die Versammlung wolle beschließen, daß fortan wöchentlich zwei ordentliche Sitzungen gehalten werden, da das Material für die Verhandlungen des Gemeinderathes sich in neuester Zeit sehr vermehrt habe. Die Versammlung erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden. Als zweiter Versammlungstag wird der Montag vorgeschlagen und angenommen. Die ordentlichen Sitzungen des Gemeinderathes finden also von nun ab jeden Montag und Donnerstag statt.

Es wird zur Wahl des besoldeten Forst- und Oekonomie-Rathes geschritten. Von der Wahlkommission ist Hr. Stadtrath Gocht für dieses Amt vorgeschlagen. Außerdem haben sich die Oekonomie-Kommissarien Frentzel und Seidel als Kandidaten gemeldet. In der heutigen Sitzung empfiehlt der Gemeindeverordnete Laube noch den Stadtrath Seidel und erklärt, daß dieser die Verwaltung des Postens auch diätarisch übernehmen würde.

Zu Wahlaufsehern werden die Herren Liebig und Siebig, zu Stimmzählern die Herrn Galetschki und Hipauf ernannt. Das Resultat der Abstimmung, bei welcher 79 Stimmzettel eingeliefert werden, ist folgendes: Herr Stadtrath Seidel erhält 42 Stimmen, Herr Stadtrath Gocht 36, Herr Oekonomie-Kommissarius Frentzel 1 Stimme. Die Versammlung beschließt, Herrn Stadtrath Seidel, welcher mehr als die absolute Majorität der Stimmen erhalten hat, zur Leitung des städtischen Forst- und Oekonomie-Wesens gegen Diäten in den Grenzen von 1000 Thlrn. vorläufig auf 1 Jahr anzustellen.

Für die aus dem Magistrate ausscheidenden 7 unbesoldeten Stadträthe (Frobös, Jüttner, v. Langendorf, Pulvermacher, Körner, Krause und Zwinger) hat die Wahlkommission vorgeschlagen, die Herren: Frobös, Jüttner, v. Langendorf, Zwinger, M. Landsberger und Hetzold; aus der Versammlung werden noch die Herren Körner und Krause vorgeschlagen.

Folgendes ist das Ergebniß der heutigen Wahlen:

Es wurden zu Stadträthen gewählt: 1) der zeitherige Stadtrath Frobös mit 62 Stimmen; 2) der zeitherige Stadtrath Jüttner mit 63 Stimmen; 3) der zeitherige Stadtrath von Langendorf mit 61 Stimmen; 4) Partikulier Barchewitz mit 47 Stimmen; 5) Oberst a. D. von Chorus mit 47 Stimmen; 6) Prof. Dr. Kutzen mit 40 Stimmen; 7) Kaufmann Ottomar Molinari mit 46 Stimmen.

In der sechsten Wahl war anfänglich keine absolute Majorität erzielt worden: die Stimmen hatten sich nämlich gleichmäßig auf die Herren Stadtrath Pulvermacher und Professor Kutzen vertheilt, von denen jeder 36 Stimmen erhielt, außerdem hatten die Herren Stadträthe Krause und Zwinger, so wie die Herren Kaufmann O. Molinari und Graf Zieten je eine Stimme bekommen. Eine zweite Abstimmung ergab für Herrn Prof. Kutzen die absolute Majorität. Bei sämmtlichen Abstimmungen mit Ausnahme der letzten, war übrigens eine namhafte Anzahl von Stimmen auf Herrn Stadtrath Pulvermacher gefallen. In der letzten Wahl hatte auch Herr Kanonikus Balzer 6 Stimmen erhalten, ein Stimmzettel war mit dem Namen Manteuffel, ein anderer mit dem eines hochgestellten katholischen Geistlichen beschrieben.

---

§ **Breslau,** 6. März. [Die dritte Schwurgerichts-Periode d. J.] beginnt am 28. März. Herr Kreisgerichts-Direktor v. Gladis in Wohlau ist zum Präsidenten des Schwurgerichtshofes designirt.

---

§ **Breslau,** 5. März. [Allgemeine Versammlung der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur.] Herr Konsistorial- und Schulrath Menzel hielt einen Vortrag über den Prozeß des Galilei, mit einer Einleitung über die Lehre von der Inspiration der alttestamentlichen Bücher. Den Juden gilt die „heilige Schrift" an Werth vollkommen dem unmittelbaren Worte Gottes gleich, so daß in ihrer Anschauung geschriebenes und gesprochenes Wort Gottes zusammenfallen. In ihrer Sprache hatten sie nicht einmal einen besondern Ausdruck für das Geschriebene, und sie zollen nun diesem, welches der Zeit nach im Exil gesammelt und in kanonische (regelrechte, verzeichnete) und apokryphische (bei Seite gelegte) Schriften geordnet wurden, weit mehr Gehorsam, als früher den Geboten Gottes zu Theil geworden war. Die Ansicht von der Inspiration bleibt nicht in ihrer Strenge bestehen, wird jedoch in verschiedener Weise aufrecht erhalten. Luther fußte auf ihr hinsichtlich der kanonischen Bücher, gegenüber der katholischen Kirche, welche ihre Autorität als höchste Instanz setzte.

Die protestantischen Tübinger waren es, welche zuerst gegen das Kopernikanische System auftraten, indem sie sich (wegen der Stelle in Josua: Die Sonne bleibt steh'n u. s. w.) gegen dessen Fortbildner Kepler wandten, während er von den Jesuiten vielmehr beschützt, auch in Italien selbst die Naturwissenschaften von Klerus und Laien fleißig betrieben wurden. Da aber vermuthlich durch die Dominikaner die Inquisition auf den Tübinger Streit aufmerksam gemacht und der katholischen Kirche Ueberschätzung der Philosophie und Geringachtung der Schrift vorgeworfen worden war, wollte man hinter den Protestanten nicht zurückbleiben.

Das Werk des auf der ital. Universität Pisa und Padua lehrenden Galilei über die Sonnenflecke erschien im Jahre 1612; die Kopernikanischen Theorien wurden in demselben anerkannt. Er ging selbst nach Rom, um sich beim Papste Paul V. gegen die Beschuldigungen von Böswilligen zu rechtfertigen. — Kardinal Ursini warnte vergebens, die Kirche möge sich nicht in einen Kampf mit der Mathematik einlassen, worin sie nothwendig unterliegen müsse. — Das Buch ward als wissenschaftlich falsch und als ketzerisch erklärt und einem Kardinal übergeben, damit er es von den Ketzereien reinige. Galilei wurde dem Kardinal Bellarmin zugewiesen, welcher ihn auf den rechten Weg bringen sollte. Dies gelang natürlich nicht, Galilei versprach jedoch, nichts vom Kopernikanischen System weiter drucken zu lassen.

Aber schon 1613 erschienen seine „Gespräche." Diese zogen ihm einen Inquisitions-Prozeß zu, zu welchem jenes Versprechen den formellen Grund abgab. Hatte die Inquisition den Prozeß erhoben, so lag es außer der Macht des Papstes, ihn zu hindern. Urban VIII., früherer Freund Gregor's V., ein Mann von Bildung, war überredet worden, Galilei habe ihn in der Person des Simplicius in den „Gesprächen" darüber gestichelt, daß er unter seinen Augen ein solches Buch erscheinen lasse.

Galilei's Buch (die Gespräche) ward einer Kongregation von Kardinälen zur Prüfung übergeben. Er kam 1633 selbst nach Rom, erhielt Hausarrest in dem Hause des Gesandten, dann im Inquisitions-Gebäude und ward mehrmals verhört. Daß er gefoltert worden, ist unwahrscheinlich, da er an demselben Tage, wo dies geschehen sein soll, Briefe schrieb und Besuche erhielt. Sein Urtheil lautete dahin, daß er mit aufrichtigem Herzen und rechter Ueberzeugung (corde sincero et fide non ficta) seine Irrthümer abschwören und verdammen müsse; ferner, daß er 3 Jahre lang wöchentlich die 7 Bußpsalmen einmal zu beten habe und eben so lange in Haft bleibe. Diese war jedoch schonend, wie das ganze Verfahren. Die bekannten Worte: „e pur se muove!" (Und sie bewegt sich doch!) hat Galilei schwerlich wirklich ausgerufen.

Er begab sich nach einiger Zeit nach Siena und dann nach Florenz. Ueber Astronomisches sprach und schrieb er nicht mehr, trieb aber seine naturwissenschaftlichen Studien fort, schuf die „Mechanik" als eine neue Wissenschaft und bereicherte die Welt durch eine große Reihe neuer Entdeckungen. Er erblindete, ward taub und von großen Schmerzen gepeinigt. Nach seinem Tode ward ihm in einer Kirche zu Florenz, wo er begraben ist, ein prächtiges Denkmal errichtet. Die allgemeine Anerkennung, welche das Kopernikanische System als das richtige fand, hat ihn gerechtfertigt und die Prophezeihung des Kardinals Ursini ist eingetroffen. Die katholische Kirche hat aus ihrem verlorenen Streite mit der Mathematik vielen Spott geerntet.

(Berichtigung.) In dem vorletzten Referate über die naturhistorische Sektion ist der Name des unter der Gerste vorfindlichen Giftes falsch angegeben, dasselbe heißt nämlich: Lolium temulentum (Taumellolch oder Trespe).

Breslau, 6. März. [Central-Auswanderungs-Verein für Schlesien.] Sitzung vom 5. d. M. Vorlesung und Genehmigung des vorigen Protokolls. Nachdem der Vorsitzende des Vereins die Tagesordnung festgestellt, nämlich: 1) Mittheilungen aus der Auswanderungszeitung, 2) Bericht des Komite's, 3) Fortsetzung des Briefes aus St. Louis, 4. Fragekasten. 5) Vortrag des amerikanischen Bürgers Kroschel über Amerika.

1) In Kalifornien hebt sich der Ackerbau bei den hohen Preisen der Produkte und der großen Ergiebigkeit des Bodens ungemein, ja er bietet, weil dauernd, einen größern Gewinn als die Goldgraberei. Es gedeihen vornehmlich Gemüse, besonders Kartoffeln (bis 12 Pfund), Rüben, Gurken, Kohl (oft 20 Pfd. schwer) Melonen, Zwiebeln, Gerste, Welschkorn (mit fußlangen Kolben) rc., vortrefflich und finden guten Markt. Ein Deutscher hat allein für 20,000 Doll. Kartoffeln verkauft. Es gehört aber hier ein größeres Kapital zur Anlage, als im Missisippithale. Schon sind viele Deutsche, Schotten und Irländer aus den verschiedensten Gegenden Australiens hierher gekommen und alle finden das hiesige Klima besser, den Boden ertragsfähiger rc., während sie alle über Australien ungünstig sprechen. — Die Nachrichten über die Züge quer durch Nordamerika nach Kalifornien überbieten sich fast an Schrecklichkeit. Die Uebel werden dadurch noch vergrößert, daß die Indianer je mehr und mehr Beute an Schießgewehren machen und durch bessere Bewaffnung immer gefährlicher werden. — Aus Oestero in Südbrasilien wird gemeldet, daß Handwerker aller Art und tüchtige Ackerbauer eine vorzügliche Aussicht für ihr Fortkommen haben würden. — In New-York wurden voriges Jahr über 2000 neue Häuser gebaut, und für dieses Jahr werden noch mehr gerechnet. — Ein deutscher Schneider, Namens Schweizer, gerieth in Lafayette, Staat Indiana, in seiner Trunkenheit und trotz der Aufmerksamkeit der Arbeiter auf ihn, an die Säge einer Sägemühle und war in wenigen Augenblicken auf schreckliche Weise zersägt. — Ein Brief aus New-York vom 6. Januar 1851 bespricht den Notenwechsel zwischen Oesterreich und der Union wegen der Sendung des Agenten Dudley Man von Seiten der letzteren nach Wien behufs Anerkennung Ungarns, wenn es seine Selbstständigkeit errungen hätte. Oesterreich erhielt eine so determinirte Entgegnung, daß man auf die Maßnahmen des Kaiserreichs gespannt ist. Steckt sich Oesterreich dieselbe nicht ein, so giebts Krieg „Hurrah! Krieg zwischen Amerika und Oesterreich!" wie es in dem Briefe heißt. Aus St. Louis wird gemeldet, daß der österreichische Gesandte, Baron Hülsemann, in Folge der Entgegnung des Herrn Webster seine Pässe in Washington fordern wird. — Die Bevölkerung des Staates Missouri beträgt fast 700,000 und hat sich in 10 Jahren verdoppelt.

2. Nach den Vorlagen des Komitees entscheidet sich der Verein, das Stiftungsfest im Tempelgarten zu feiern.

3. Der Brief aus St. Louis bespricht im Verfolge die drei Haupterwerbsarten: Ackerbau nebst Viehzucht, Gemüse und Obstbau, Gewerbe und Handel. Nachdem er einzelne Handwerke nach ihren Wochenlohnen festgestellt, die in New-Orleans bis auf 35 Doll. steigen können, kommt er auf die Preise der Lebensmittel, die im Verhältniß zu dem Verdienste weit billiger sind, als in Deutschland. Selbst Wohnung und Beheizung ist nicht theurer, dagegen steht alle Handarbeit hoch im Preise, z. B. gewirkte Strümpfe kosten 25 Cents, gestrickte wenigstens 1 Dollar. Nun folgt die Beantwortung der drei Fragen: wer kann auswandern? wohin soll man auswandern? wie hat man sich bei der Auswanderung zu verhalten?, wobei er auf die einzelnen Stände: Aerzte, Lehrer, Apotheker, Gelehrte, Kaufleute, Oekonomen, Handwerker, Ackerbauer, Tagearbeiter, Dienstmädchen rc. näher eingeht. Den Deutschen räth der Schreiber des Briefes in die Staaten zu gehen, wo viele Deutsche leben und sich zu seiner Beförderung an die Vereine zu Berlin oder Leipzig zu wenden. Nachdem er sich noch über die Seereise, den nöthigen Proviant, die Seekrankheit, die Landung und die Reise in das innere Land verbreitet, sagt er am Schlusse, daß es fast keinem Deutschen im ersten Jahre in Amerika gefallen will, daß sich aber keiner, wenn er sich in das amerikanische Leben gefunden, in die Heimath zurückwünsche. Dieser Brief ist das Beste, was seit langer Zeit aus und über Amerika an den Verein gekommen ist. — Ein zweiter Brief aus Adelaide vom 13. Septbr. 1850 enthält die Seereise, die ersten vielfach wechselnden Beschäftigungen des Schreibers, um seinen Lebensunterhalt zu erwerben, Klima, Produkte, Bodenbeschaffenheit rc. Auch dieser Brief war recht interessant.

4. Die Fragen waren nicht von allgemeinem Interesse und wurden kurz erledigt.

5. Herr Kroschels Vortrag ging vornehmlich dahin, daß sich der Auswanderer kein Amerika machen und wenn sein Bild mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmte, er nicht unmuthig werden solle, denn dadurch mache er sich das Leben schwer, und das Heimweh habe dann eine furchtbare Gewalt. Der Auswanderer müsse vielmehr suchen, sein Gemüth über die erfahrenen Enttäuschungen zu erheben, er dürfe nicht sogleich den Muth verlieren und müsse das Leben auffassen, wie es sich ihm eben darbiete rc.

Das Gastbuch wies 15 Gäste nach. Schluß der Sitzung 9¼ Uhr. (C. W.)

Aus dem Regierungsbezirk Breslau wird berichtet, daß in den Kreisen Brieg, Habelschwerdt, Namslau, Strehlen, Trebnitz, Wartenberg, Oels und Militsch die Beschlüsse der Kreiskommissionen über die Feststellung der Gemeindebezirke endgültig gefaßt und in Betreff der erstgenannten 5 Kreise auch bereits die Entscheidungen der Bezirkskommission über die eingegangenen Berufungen erfolgt sind. Auch in den Kreisen Striegau, Wohlau, Frankenstein, Münsterberg, Guhrau, Reichenbach, Schweidnitz, Breslau und Neumarkt sind die Beschlüsse der Kreiskommissionen bereits beendigt, aber noch nicht überall publizirt.

Mit Extrazug wurden am 3. d. M. wieder 288 Mann vom österreichischen Infanterie-Regiment Roßbach von Oderberg über Ratibor nach Krakau befördert. (C. C.)

□ **Ratibor,** 5. März. [Kunstnotizen. Die Berkowskische Theater-Gesellschaft hat uns vorgestern verlassen und im Ganzen nicht sonderliche Geschäfte gemacht. Jedoch ist der geringe Theaterbesuch nicht den Leistungen der Gesellschaft zuzuschreiben, sondern lediglich den vielen Privatgesellschaften, Bällen und Konzerten, die seit Jahren nicht so häufig in der Faschingszeit hier waren, als diesmal. Die Kunstreiter-Gesellschaft der Familie Reimschüssel hat durch einige Abende ein zahlreiches Publikum angenehm unterhalten. Reisende Konzertisten, die sonst sehr häufig Ratibor mit ihrem Besuche beehrten, hatten wir in diesem Winter gar nicht.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 5. März.) Vor einigen Tagen ist (schade, daß Viele dies erst jetzt erfahren!) durch Berlin eine der größten gastronomischen Notabilitäten passirt, Hr. Borel, früher Koch des Kaisers Napoleon, später Chef des Rocher de Cancal in Paris. Er ist nach Petersburg berufen worden.

— Die erste mechanische Druckerpresse, welche in einer Stunde 1000 Exemplare abziehen konnte, erregte eine große Bewunderung, dann wurde die Erfindung in einer Weise verbessert, daß man in einer Stunde 3000 Exemplare abzog, und man meinte, dies sei der höchste Gipfel des Fortschritts. Später erfand ein amerikanischer Mechaniker eine Presse, die 8000 Exemplare in einer Stunde lieferte. Gegenwärtig haben die Verleger des „Sun" in New-York, die Herren Richard und Hue, eine Presse mit 8 Cylindern bauen lassen, welche in einer Stunde 20,000 Exemplare drucken.

— Der eifrigste Gartenfreund ist der Herzog von Devonshire in England, der freilich ein Vermögen besitzt, das selbst in England für kolossal gilt. Jedes Jahr wendet er viele Tausende auf seine Liebhaberei. Er hat Treibhäuser bauen lassen, die so groß sind, daß man mit dem Wagen darin umherfahren kann und die nicht blos die seltensten Blumen und Bäume der ganzen Welt, sondern auch lebendige Thiere aller Art enthalten. Diese Thiere und diese Pflanzen werden von Naturforschern eingesandt, die fortwährend auf Kosten des Herzogs reisen. Unter Andern ist er der erste, dem es gelungen ist, die prachtvollen Victoria-Tauben zu vermehren. Jetzt beschäftigt sich der Herzog wieder mit einem großartigen und merkwürdigen Bau für seine Gärten, aber Niemand weiß noch, was mit dieser neuen Seltsamkeit bezweckt wird. (N. Pr. Z.)

— Und abermals Industrie-Ausstellung in London! — Der Tapezirer Fries in Hamburg hat eine Bettstelle dorthin geschickt, die folgende Eigenschaften besitzt: Die Matratze, welche sammt dem Gestell in einem Reisekoffer verschlossen werden kann, hat die Wirkung, daß der darauf Ruhende die Seekrankheit nicht fühlt. Bei Tage dient die Bettstelle zum Sopha — was übrigens auch in deutschen Stubentenbehausungen Brauch zu sein pflegt, — jedoch springt bei diesem Sopha noch ein Tischchen hervor und in der Nacht verwandelt es sich in ein Bett mit Muskitonetz; der Koffer wird zur Commode, zum Waschtisch, überhaupt „zu was man will." (N. P. Z.)

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

§ **Breslau,** 6. März. [Gewerbe-Verein.] In der vorletzten Versammlung haben die Ersatzwahlen an Stelle der statutenmäßig ausgeschiedenen 4 Vorstandsmitglieder stattgefunden. Es wurden gewählt die Herren: Brunnenmeister Heiber, Porzellanmaler Ließ, Destillateur Reichelt und Klemptnermeister Renner.

Herr Stett, vor Kurzem erst von Wien zurückgekehrt, gab eine Schilderung der dortigen gewerblichen Verhältnisse: gegen preußisches Courant werden die billigsten Einkäufe gemacht. Er zeigte Exemplare von einigen Industrie-Erzeugnissen, welche die Wiener zur „Londoner Ausstellung" geschickt haben: 1) plattirte Knöpfe, welche mit 4 angelötheten Spitzen nur durch den Stoff zu stecken und dann umzubiegen sind; 2) ein Stück emaillirtes, sehr künstlich gearbeitetes Leder; 3) ein patentirtes Schloß mit besonderem Verschluß für einzuschiebende Visitenkarten. — Auch mehre Kossuth-Münzen, welche Hr. Stett von seiner Reise mitgebracht hatte, wurden vorgezeigt. Wir bezweifeln, ob

Oesterreich auch mit diesem Industriezweige in London floriren werde.

In der letzten Sitzung, welche am Montage stattgefunden, hielt Hr. D. Friebel einen Vortrag über die Frage: „Was sind heut die Hebel zur welthistorischen Bedeutung Deutschlands?“ Hierauf präsentirte Hr. Direktor Gebauer eine italienische Stroharbeit, deren geschmackvolle und elegante Verzierungen allgemein gefielen. — Auf die Frage, welche Gattung der beharzten Bedachungen mit Pappen den günstigsten Erfolg geliefert, wird erwidert, daß die hierüber in Ostpreußen gesammelten Erfahrungen durch die Königsberger Gewerbe-Zeitung mitgetheilt sind. — Hr. Wolter fragte nach einem Kitt, welcher Porzellan mit Metall verbindet; es wurde zu diesem Zwecke unter vielen anderen Kittarten der Servet'sche Kitt besonders empfohlen.

Berlin, 5. März. Dem Glockengießer und Spritzenfabrikanten Gustav Adolph Jauck zu Leipzig ist unter dem 2. März 1851 ein Patent auf einen für neu und eigenthümlich erkannten Ventilbahn in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staats ertheilt worden.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn. Die Einnahme der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug im Januar 1851:

	Rtlr.	Sgr.	Pf.
aus dem Personen-Transport, für 45300 Personen nebst Passagiergepäck, Hunde und Equipagen	62167	12	6
aus dem Güter- und Vieh-Transport, für 232179 Ctr. 13 Pfd.	59946	—	6
aus verschiedenen andern Titeln, vorbehaltlich definitiver Feststellung	1663	21	4
Summa	123777	4	4
Die Einnahme betrug im Januar 1850	99002	14	1
Mithin 1851 mehr	24774	20	3

Inserate.

Bekanntmachung.

Bei der im 32. Wahlbezirk am 5. März d. J. vollzogenen Ersatzwahl ist der Strumpf-Fabrikant Herr **Lindner** durch absolute Majorität zum **Gemeindeverordneten** gewählt worden.

Breslau, den 6. März 1851.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Bei dem Revidiren der Bäckertaxen in vergangenem Monat fand sich bei den meisten Bäckern ein Mehrgewicht gegen ihre Selbsttaxen vor.

Für den Monat März d. bieten die hiesigen Bäcker nach ihren Selbsttaxen dreierlei Sorten Brodt zum Verkauf und zwar für **2 Silbergroschen:**

Größtes Gewicht.

1. Sorte:
Bäckermeister Madey, Reuschestraße Nr. 34, 2 Pfd. 6 Lth.

2. Sorte:
Woiwode Karlsstraße Nr. 25, 2 Pfd. 20 Lth.

3. Sorte:
Wirsel, Scheitnigerstraße 10, 3 Pfd. 10 Lth.

Kleinstes Gewicht.

1. Sorte:
Binke, Berger, Cras, Deemig, Hopf, Herrmann, Kriewitz, Ludwig, Schramm und Stahl geben 1 Pfd. 16 Lth.

2. Sorte:
Adam, Bunke, Blank, Cras, Dreßler, Deemig, Espenhahn, Förster, Germann, Geiger, Gabriel, Hopf, Herrmann, Köcher, Kriewitz, Künneth, Lorz, Ludwig, Reinboth, Rücker, Sternitzke, Stahl, Tietze I., Welke, Winkler und Wappner geben 2 Pfund.

3. Sorte:
Junker, Gartenstraße 25, 2 Pfd. 10 Lth.

Breslau, den 2. März 1851.

Königliches Polizei-Präsidium. v. Kehler.

Mit Bezug auf die in den Zeitungen veröffentlichte Aufforderung des Herrn Kardinal-Fürstbischofs und des Herrn Oberpräsidenten vom 13. Februar d. J. ersuche ich meine verehrten Landsleute und Mitbewohner hiesiger Stadt recht dringend, mich recht bald mit Beiträgen zur Herstellung der Kapelle auf dem Zobtenberge versehen zu wollen.

Es ist die Einrichtung getroffen, daß diese Beiträge zu jeder Zeit und selbst in meiner Abwesenheit, gegen gedruckte Quittungen angenommen werden, daher eine vergebliche Absendung nicht eintreten kann.

Breslau, den 22. Februar 1851.

v. Pannewitz, Oberforstmeister, Ohlauer Stadtgraben 1.

Theater-Repertoire.

Freitag den 7. März. 59ste Vorstellung des ersten Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 6ten Male: **„Die Großfürstin“,** oder: **„Sophia Katharina.“** Romantisch-komische Oper mit Tanz in 2 Abtheilungen und 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. Musik von F. v. Flotow.

(Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr.)

Als ehelich Verbundene empfehlen sich entfernten Freunden und Verwandten statt besonderer Meldung ganz ergebenst:

Max Clemens Hocker,
Clementine Hocker, geb. Olbrich.

Ober-Langenau, 3. März 1851.

Todes-Anzeige.

Heute Nachmittag um 6½ Uhr entschlummerte sanft unser Gatte, Vater, Schwieger- und Großvater, der Bäckermeister Friedrich Ludwig, in seinem 72sten Lebensjahre. Tief betrübt zeigen dies allen Verwandten und Freunden an:

die Hinterbliebenen.

Breslau, den 5. März 1851.

Todes-Anzeige.

Am 4. März, Abends 9 Uhr, starb im 76sten Lebensjahre, nach mehrwöchentlichem Krankenlager, unser innig geliebter Gatte, Vater und Großvater, Friedrich Wilhelm Matthäi, Pastor an der Kirche zu U. L. F.

Diese Anzeige allen Verwandten und Freunden, statt jeder besonderen Meldung.

Liegnitz, den 5. März 1851.

Die Hinterbliebenen.

VII. Soirée des christkatholischen Frauenvereins heute den 7. d. Mts.

Zeugniß.

Daß die galvano-elektrischen Ketten des Hrn. Goldberger sich in mancherlei schmerzhaften und krampfigten Affektionen muskulöser und fibröser Gebilde, insbesondere in Neuralgien und Muskelkrämpfen rheumatischer Natur, Rheumatalgien der Wirbelsäule, auch der Extremitäten, ohne bereits entstandene Organisations-Ausartung oder Verwachsungen ꝛc., unter einer übrigens angemessenen Behandlung und einer den örtlichen Zuständen und ihren Graden entsprechenden Anwendungsweise (wohin bei längerem Gebrauch auch ein Wechseln der Kette gehört), sich wirklich nützlich und heilkräftig zu erweisen vermögen, habe ich in verschiedenen hartnäckigen Fällen obiger Art bestätigt gefunden. In einigen dieser Fälle erfolgte auf die Anlegung dieser Ketten schon nach wenigen Tagen gänzlicher Nachlaß der rheumatischen Schmerzen und Spasma, in anderen bedeutende Erleichterung.

Bonn, den 14. Juni 1849.

Dr. **Harleß,**
königl. preuß. geh. Rath und Professor an der Universität zu Bonn, Ritter des St. Wladimir-Ordens ꝛc.

Berichtigung. In dem Inserat über Feuerversicherung in der gestrigen Zeitung, Seite 280 oben, Zeile 14, soll es heißen: 4‰ statt 4% p. a.

Weiß-Garten.

Wegen der Vorbereitung des am 8. Februar stattfindenden Balles, fällt das Abonnements-Konzert aus, und wird dagegen Dienstag, den 11. Februar, eine **Carnevals-Musik** stattfinden. Zur Aufführung kommt unter Anderm:

1. Kinder-Sinfonie von Haydn.
2. Musikalischer Scherz von Mozart.
3. Potpourri (Strauß u. Lanner) für 2 Orchester v. Fahrbach.

ꝛc. ꝛc.

Konzert-Anzeige.

Sonntag, den 9. März Abends 7 Uhr werden die beiden Gesangvereine in **Münsterberg,** unter Leitung ihres M. D., des Sem.-Musikl. Mettner, die erste Hälfte der „Jahreszeiten“ von Haydn und „Hymne für Sopran“ von Mendelssohn neben Anderem zur Aufführung bringen.

Um öfteren Anfragen zu begegnen, zeige ich meinen auswärtigen Kunden hiermit ergebenst an, daß ich dieses Jahr nicht verreise. Gleichzeitig bemerke ich, daß ich stets mit den feinsten und besten Metallik-Zähnen versehen bin, und sowohl einzelne als auch ganze Gebisse zu soliden Preisen zweckmäßig und dauerhaft einsetze.

Kluge,
Zahnarzt in Schweidnitz, Markt Nr. 391.

Ein verheiratheter, aber kinderloser Hausknecht kann sich, mit guten Attesten versehen, melden: Taschenstraße Nr. 28, im Comtoir.

Bei Reichel in Bautzen ist erschienen und bei **G. P. Aderholz** in **Breslau** zu haben:

Katechismus für Schwangere,
oder die Krankheiten der Wöchnerinnen und Stillenden.

Belehrungen, wie durch passende Behandlung während der Schwangerschaft und im Wochenbett, Krankheiten und Unfälle zu vermeiden, die bereits ausgebrochenen Krankheiten aber schnell und sicher zu heilen sind. Mit besonderer Rücksicht auf Fehlgeburt, Leiden der Brüste, Fehler der Milchabsonderung, Wochenflusses, Milch- und Kindbettfieber, Mutter-Entzündung ꝛc.

Ein treuer Rathgeber für alle Eheleute ꝛc.

von Dr. **M. Westermeyer,** praktischer Arzt und Accoucheur.

Zweite Auflage. Preis 11¼ Sgr.

Bei Chr. E. Kollmann in Leipzig sind erschienen:

Die ganze Bibel kein Schulbuch und Volksbuch mehr zu unserer Zeit! Zunächst durch Biographien aus dem alten Testamente dargethan, von einem Katholiken. 15 Sgr.

Wer hat Recht: Er oder Ich? Eine Appellation an das deutsche christliche Volk; oder Thesen einer Pastoral-Konferenz beleuchtet und beurtheilt von F. M. Weck. 7½ Sgr.

Die Entstehung des Christenthums, oder Geschichte desselben von der Periode der ältesten, bis zur jüngsten Schrift des Neuen Testaments von Benno Copernicanus. 1⅔ Rthl.

Hierzu gehört eine Uebersichtskarte der Länder, in welchen das Christenthum zuerst veranlaßt und verbreitet wurde.

Das Werk bezweckt vorzugsweise, allen Lesern gründliche Belehrung auf die Fragen zu gewähren: 1) Soll ich in dem alten religiösen Vereine verbleiben, welchem ich in Folge meiner Geburt angehöre; 2) soll ich denselben verlassen und zu einer der neuen reformirten oder freien Gemeinden übertreten; 3) soll ich weder jenes noch dieses thun?

In **Breslau** auch bei **G. P. Aderholz** vorräthig.

Eröffnung
des zweiten Herren-Garderobe-Magazins,
der vereinigten Schneider-Meister,
Elisabet- (vormals Tuchhaus-) Straße Nr. 8,

im König von Preußen.

Indem wir ein geehrtes Publikum hiermit ergebenst bitten, diesem neuen Etablissement Vertrauen zu schenken, werden wir auf das Eifrigste bemüht sein, den Zeit-Verhältnissen entsprechend, das Möglichste zu leisten und durch aufmerksame, reele und billigste Bedienung dasselbe zu erwerben, wie auch durch Arbeiten im neuesten und elegantesten Geschmack, jeden uns Beehrenden, zu befriedigen.

Wir halten Lager fertiger Anzüge und aller zur Toilette gehörenden Artikel, in reichhaltiger Auswahl, werden jeden Auftrag schnell und nach Wunsch der Herren Besteller ausführen und übernehmen auch die Anfertigungen der Kleidungsstücke von uns zugebrachten Stoffen.

Die vereinigten Schneider-Meister.

Offerte von Eduard Groß in Breslau.

Die seit einigen Tagen eingetretene feuchte und rauhe Witterung schafft und befördert vielseitige rheumatische Leiden, als Kopf-, Gesichts- und Rückengrad-Schmerzen, Schmerz in Armen, Hüften und Beinen ꝛc. und namentlich bei denen, welche leicht anfällig, oder eine wärmere Bekleidung außer Acht ließen. — Auf Grund dieser Umstände erlaube ich mir auf meine

kais. königl. a. a. privileg.



Rheumatismus-Ableiter

ganz ergebenst aufmerksam zu machen, welche in erreichbarster Vollkommenheit, als das best-existirende Mittel seit 6 Jahren in ganz Deutschland und angrenzenden Staaten rühmlichst bekannt sind, und kostet das Exemplar:

a) **in Plattenform** 15 Sgr. und 10 Sgr. gegen leichte rheumatische Beschwerden.
b) **in Bandform** à 1 Rthl., vorzüglich bei Rückengradschmerz, Arm- und Beinschmerzen, Hüftweh ꝛc., dieselben sind elastisch, schmiegen sich jedem Theile des Körpers leicht an;
c) **in Sandalform** à 1⅓ Rthl. gegen Fußgicht, kalte Füße, wobei auch der rheumatische Krankheitsstoff aus dem oberen Körper vertrieben wird; überhaupt als Präservativ zu tragen.

Anerkennungsschreiben.

Ew. Wohlgeb. geehrtes Schreiben vom 15. August nebst Rheumatismus-Ableiter fand ich vor, als ich zu Ende September aus dem Bade zurückkehrte. Bis Anfang Dezember habe ich nun keinen Anfall von Rheumatismus weiter gehabt und konnte Ihnen deshalb nichts über die Wirkung Ihres Mittels sagen, was ich jedoch jetzt kann und mit Vergnügen Ihnen in Folgendem mittheile und zu jedem beliebigen Gebraube überlasse, nämlich:

„„Bei dem stürmischen, naßkalten Wetter vom 10. und 11. Dezember bekam ich heftige Rückengrad-Schmerzen. — Nachdem ich nun Ihren Rheumatismus-Ableiter den 11. Abends angelegt und den 12. getragen, war der Schmerz gänzlich verschwunden und ich befand mich ganz wohl, während ich sonst Wochenlang bei solchen Anfällen zu leiden hatte.““

Ich ersuche Sie, mir wiederum einen recht starken Ableiter zu senden, den Betrag durch Postvorschuß einzuziehen und zeichne ergebenst:

Dessau, 14. Dezember 1845. **Stießer,** Oekonomie-Direktor.

Außer diesem schätzenswerthen Dokument kann ich noch sehr viele glaubhafte von Privat-Personen aller Stände und ausgezeichneten Aerzten und Chemikern vorlegen.

k. k. a. priv. verb. galvano-elect. Rheumatismus-Ketten

sind ebenfalls stets vorräthig, über solche sprechen jedoch erst 2-jährige Erfahrungen.

Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.

Für **Berlin** deponirt bei den Herren **Ferd. Deicke,** Königsstraße, vis à-vis der Post, und **Carl Gustav Gerold,** kgl. Hof-Lieferant, unter den Linden Nr. 10.

Besten Zucker-Runkelrüben-Samen
offerirt unter Garantie für Echtheit und Keimfähigkeit:
Heinrich Mette in Quedlinburg.

Freiwilliger gerichtlicher Verkauf.

Das im Goldberg-Hainauer Kreise gelegene, zum Nachlasse des Gutsbesitzers Gustav Peisker gehörige Rittergut Ober-Brockendorf soll auf den Antrag der Erben zum Zwecke ihrer Auseinandersetzung

am 10. April 1851,
Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle auf dem Kreis-Gericht hierselbst freiwillig subhastirt werden.

Dasselbe enthält 1200 Morgen Ackerland und 90 Morgen Busch, Wiesen u. s. w., ist mit völlig massiven Wohn- und Wirthschafts-Gebäuden versehen, 1 Meile von Goldberg, 1 Meile von Hainau und 2 Meilen von Liegnitz entfernt, und landschaftlich auf 91,072 Rthlr. 10 Sgr. abgeschätzt.

Die Kaufbedingungen sind im 2ten Bureau des Kreis-Gerichts, bei dem Wirthschafts-Amte zu Ober-Brockendorf und bei dem Rechtsanwalt Maisan in Hainau einzusehen.

Goldberg in Schlesien, 30. Januar 1851.

Königl. Kreis-Gericht. II. Abtheilung.

Auktion.

Dinstag den 11. März, früh 8 Uhr, sollen im Hospital zu St. Bernhardin in der Neustadt Nachlaß-Sachen verstorbener Hospitaliten gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.

Das Vorsteher-Amt.

Auktions-Anzeige.

Dienstag, den 11. d. M., Vorm. 10 Uhr sollen in Nr. 58 und 59 Reuschestraße werthvolle Möbel, worunter 1 großer Spiegel in Goldrahmen, ferner Wäsche, 2 sehr schöne Stutzuhren, 175 Stück neue Tapeten, 24 Stück seidene Gardinen und 17½ Elle braungestreifter Thibet, so wie auch ein ganz vergoldetes Porzellanservice, diverse andere Porzellan-, Zinn- und Messingsachen, gegen baare Zahlung versteigert werden. Breslau, den 6. März 1851.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 8. d. Mts. Vormit. 10 Uhr sollen in Nr. 42 Breitestraße verschiedene Weine, Rum und Cigarren versteigert werden.

Mannig, Aukt.-Kom.

Café restaurant.

Freitag den 7. März **Abonnement-Konzert** der Philharmonie, unter Direktion des Herrn Joh. Göbel. Zur Aufführung kommt: Sinfonie (Nr. 1 in Es-dur) von Spohr.

Anfang 6 Uhr. Ende 10 Uhr.

Einem hochgeehrten reisenden Publikum erlaube ich mir hiermit anzuzeigen, daß ich das

Tauenzienstraße Nr. 83

und Tauenzienplatz-Ecke gelegene

Hôtel garni

von der Frau Wittwe Schulze übernommen habe, und es mir angelegen sein lassen werde, durch jede mögliche Bequemlichkeit und gute Bedienung mir die Zufriedenheit meiner geehrten Gäste zu erwerben.

Breslau, den 15. Februar 1851.

G. Kaschner.

Birkenpflanzen-Verkauf.

Bei dem Dominio Pathendorf, Wohlauer Kr., sind mehrere tausend Schock auf Sandboden gezogene Birken-Pflanzen zu dem Preise von 2 Sgr. 4 Pf. für das Schock zu verkaufen.

Agenten-Gesuch.

Solide und thätige Agenten, für ein vortheilhaftes, überall, selbst auf dem Lande leicht zu betreibendes Geschäft, welches namentlich bei zahlreicher Bekanntschaft sehr ausgebreitet werden kann, werden gegen 33 pCt. Provision gesucht. Anmeldungen unter W. J. an die Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau, mit genauer Angabe des Wohnortes, werden zur Weiterbeförderung franco erbeten.

Eine Gutspacht

von 300 bis 500 Morgen wird von Johanni d. J. ab durch einen unverheiratheten und zuverläßigen Landwirth gesucht. Anschlag und Bedingungen wolle man franko unter Adresse G. T. Breslau, poste restante einsenden.

Nicht zu übersehen!

Auswärtige Eltern, welche ihre Söhne in Pension geben wollen, finden von Ostern ab bei der Unterzeichneten ein billiges Unterkommen.

Verw. Zolleinnehmer **Kauffmann,**
gegenwärtig Burgfeld 12 u. 13;
von Ostern ab Kupferschmiedestraße Nr. 34.

Ein gesittetes Mädchen von ordentlichen Eltern sucht ein Unterkommen als **Kammerjungfer.** Näheres bei Herrn Schuhmacher-Meister Migale, Stockgasse Nr. 9.

Gereinigter Malz-Syrup,

vielfach als heilsam anerkanntes Mittel gegen **Husten** und **Heiserkeit,** die Flasche 5 Sgr., **Malz-Bonbons,** das Pfund 10 Sgr., empfiehlt: **S. G. Schwartz,** Ohlauerstr. 21.

Zur Fastenzeit empfiehlt:

vorzügliche Rauchheringe das Stck. 1 Sgr. und 9 Pf., beste marin. Heringe mit weißer Sauce, Gurken und Zwiebeln, neue schottische Vollheringe, das Fäßchen von 45 Stück 17½ Sgr., exclus. Gebind das Stück 6, 8 und 9 Pf.

Wilhelm Prusse,
Schmiedebrücke Nr. 34 neben der Apotheke.

Verkauf von Samenfischen.

40 Schock 3jährigen Karpfensamen und 20 Zuber Karpfenstrich verkauft die gräflich von Burghaußsche Guts-Verwaltung der Herrschaft Friedland in O.-Schl.

Frischen Dorsch,
Frischen Silber-Lachs

erhielt wiederum und empfiehlt:

Gustav Rösner,

Fischmarkt Nr. 1, und Bürgerwerder, Wassergasse Nr. 1.

Gummischuh reparirt billigst: **K. Haupt,** Schuhmachermeister, Stockgasse Nr. 13.

Zwei Düngergruben sind zu verpachten. Das Nähere zu erfragen im Hotel de Silesie auf der Bischofsstraße.



Mit einem Transport Litthauer Reit- und Wagen-Pferde angekommen, stehen dieselben zum Verkauf: Garten-Straße Nr. 12, bei

Karl Heuber.

In der Buchhandlung **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau,** Herren-Straße Nr. 20, ist vorräthig:

Die Hartleibigkeit oder Verstopfung, gemeiniglich Unterleibsbeschwerden genannt, ist keine Krankheit der Gedärme, physiologisch nachgewiesen, mit Erklärung der Ursachen und Entstehung derselben, der nachtheiligen Folgen der bisherigen Behandlung, nebst erprobter Anleitung zur Heilung dieser Krankheit, nach dem englischen Original, von Dr. med. **Eduard Johnsch,** (dem Verfasser von „Leben, Gesundheit und Krankheit.“ Dritte Auflage. Verlag von Schubert u. Cp. in Hamburg. 8. geh. Preis 5 Sgr.

☞ Landrecht in 5 B. 1835, eleg. Hfrz. 3½ Rtl. Ergänzungen v. Mannkopf, 7 Bde Hlzbd. 1837, 2 Rtl. Gerichts-Ordnung in 2 Bdn. Hfzbd. 1816, 2½ Rtl. Criminal-Ordnung 1844, 1 Rtl. Wechsel-Ordnung von Koch, 1850, 1⅓ Rtl. Schlesisches Archiv v. Koch, 6 B. L. 13¾ f. 5 Rtl. Bielitz, Commentar z. Landrecht, 10 B. Hfrz. L. 10 f. 3 Rtl. Rotteck, Welt-Geschichte in 3 B. Hfrz. 4 Rtl. Eiselein, Schrüchwörter und Sinnreden des deutschen Volks, 1840, L. 2½ f. 1⅓ Rtl. Thaer, rationelle Landwirthschaft, 4 B. Hfrz. 4. 4½ Rtl. Schweitzer, Anleitung z. Betriebe d. Landwirthschaft, 2 B. L. 3 f. 2 Rtl. Nebbien, d. Aufhelfungs-, Futter- und Weidebuch m. 150 Abb. 1835, L. 2⅔ f. 1⅙ Rtl. Koppe, Physik m. v. Holzschnitten, 1848, f. ⅔ Rtl. Dr. Wollheim, Mythologie aller Völker der Erde, 1849, m. 36 Kpftln. L. 1¼ f. 1 Rtl. Thieme, engl. Lex. 1849, f. 2½ Rtl. Thibaut, franz. Lex. 1851, f. 1⅜ Rtl. Pape, griech.-deutsches Lex. 2 Bde. Hfrz. f. 4½ Rtl. Vorlegeblätter z. Situationszeichnen v. Wehrt, 4 Hfte. L. 2⅔ f. 1⅙ Rtl. Mozart, Requiem m. Text, Partitur, L. 6 f. 2 Rtl., bei

Friedländer, Kupferschmiede-Straße Nr. 40.

Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee.

In der am 24sten d. M. stattgefundenen General-Versammlung der Actionaire des Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee-Vereins ist beschlossen worden:

daß für das Jahr 1850 der den Reichenbach-Langenbielauer Prioritäts-Actien zustehende Zinssatz von 4 Prozent gezahlt, die auf die Actien für den Fortsetzungs-Bau von Langenbielau nach der Grafschaft Glaz fallende Dividende dagegen, Behufs schleunigerer Bildung des bisher nicht ausreichend bedachten Reserve-Fonds, gar nicht zur Vertheilung kommen, sondern lediglich diesem zugewendet werden soll.

Die Inhaber von Prioritäts-Actien werden daher ergebenst aufgefordert: die Zinsen für das Jahr 1850

am 11., 12. oder 13. März d. J. in den Morgenstunden von 9 bis 12 Uhr im Kassen-Lokale des Vereins hierselbst

in Empfang zu nehmen und die Actien zur Abstempelung vorzulegen.

Reichenbach, den 28. Februar 1851.

**Das Direktorium
des Reichenbach-Langenbielau-Neuroder Chaussee-Vereins.**

Porte voix en miniature.
Kleiner Schall-Leiter oder Gehör-Instrument,

in Silber 3 Rtl., vergoldetem Silber 4 Rtl., von Gold 1 Frdor. Die silbernen erreichen denselben Zweck, wie die von Gold. Bestellungen werden wieder auf diese höchst praktischen kaum im Ohr bemerklichen Hörkelche prompt ausgeführt! Dieselben erscheinen in der Ohrvertiefung als eine nette Zierde, und inkommodiren gar nicht. Annerkennungsbriefe über deren Wirksamkeit liegen bei mir zur gefälligen Durchsicht bereit.

Eduard Groß, am Neumarkt 42 in Breslau.

Für Runkelrübenzucker-Fabrikanten.

Zuckerpreßtücher werden auf Bestellung in gewünschter Größe und Dichtigkeit geliefert von der **Schöllerschen Kammgarn-Spinnerei in Breslau.**

Während der Messe in Frankfurt a. O.

ist unser Stand und Verladungs-Platz Breite-Straße Nr. 7, Ecke der Scharren-Straße.

M. Goldschmidt. J. H. Steinitz u. Comp.

Eine englische Drehmangel

steht Kloster-Straße Nr. 1 d. zum Verkauf.

Otto Peter.

Eine Wohnung

von 3 Stuben nebst Zubehör, ist Kirchstraße Nr. 22 bald oder zu Ostern zu vermiethen. Das Nähere bei dem Kretschner zu erfragen.

Für einen Bäcker ist ein Backlokal am Ringe sofort beziehbar. Bei Anfertigung guter Waare wird demselben von einer Familie desselben Hauses allein eine Abnahme von 100 bis 150 Rthlr. jährlich zugesichert. Näheres Ring Nr. 35 beim Wirth.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 29 Schweidnitzer Stadtgraben ist die Hälfte des Parterre rechts, von Ostern d. J. ab für den jährlichen Miethzins von 80 Rthlr. zu vermiethen. Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Zwei möblirte Stuben nebst Schlafkabinett und Entree (oder auch mit einem Zimmer) sind vom 1. April anderweit zu vermiethen: Neue Schweidnitzerstr. Nr. 3b par terre.

Schulzes Hôtel garni,

Albrechtsstraße Nr. 39,

empfiehlt sich einem reisenden Publikum zur gütigen Beachtung.

Reis.: Wo logirt man hier gut und preismäßig?
Kutscher: In **König's Hôtel garni,**
Albrechtsstraße Nr. 33.

Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Dr. Schütze aus Berlin. Ob.-Maschinist Ward aus Warschau. Oberamtm. Schwartz aus Schweidnitz. Sächsischer Gesandte Baron v. Seebach aus Petersburg. K. k. Hauptm. Baron Stenglin aus Pesth. Partik. Wenckheim aus Ungarn. Pastor Rochlitz aus Liegnitz. Kaufm. Stieboldt aus Christiania. Kaufm. Honorez aus Frankreich. Kaufm. Haring aus Solingen. Kaufl. Touzet und Echossi aus Pampluna. Gutsbes. Baron v. d. Recke aus Freiwaldau. Gutsbes. Graf v. Radolinski aus Posen.

Markt-Preise.

Breslau am 6. März 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	53	51	49	46	Sgr.
Gelber dito	52	50	47	45	"
Roggen . . .	43	41	39	37	"
Gerste . . .	30	28	27	26	"
Hafer . . .	25	23	22	21	"
Rothe Kleesaat	—	11	10	7—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	—	10⅝	9⅝	6–8	Rtl.
Spiritus . .	6⅔ Rtl. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl unverändert, wie letzt gemeldet.

Zink 1500 Ctnr. loco zu 4 Rtl. 15½ Sgr. verkauft.

5. und 6. März	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″1,98‴	26″11,22‴	27″0,16‴
Thermometer	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1
Windrichtung	W	W	WNW
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	gr. Wlk.

Börsenberichte.

Breslau, 6. März. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95¾ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113⅚ Br. Louisd'or 108⅓ Br. Polnisch Courant 93⅔ Gl. Oesterreichische Banknoten 78¾ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 129 Br. Freiwillige preuß. Anleihe 105¾ Br. Neue Staats-Anleihe 4½ % 100 11/12 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rtl. 3½ % 85 5/12 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4 % 99 Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4 % 101 Gl., neue 3½ % 91½ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 96 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4 % 102 Br., Litt. B. 4 % 101¾ Br., 3½ % 92 Br. Alte polnische Pfandbriefe 94¾ Br., neue 94¼ Br. Polnische Schatz-Obligationen 81 Gl. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 82⅚ Br. Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4 % 76⅔ Br., Priorität 4 % — — Oberschlesische Litt. A. 117⅙ Br., Litt. B. 110¼ Br. Krakau-Oberschlesische 75 Br. Niederschlesisch-Märk. 82¾ Br., Priorität 5 % 104 Br., Serie III. 103¾ Br. Neisse-Brieger 43¼ Br. Köln-Mindener — — Priorität 103¾ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 39⅝ Br. — Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat 141¼ Gl. Berlin 2 Monat 99⅝ Gld., k. Sicht 100⅚ Br. Hamburg 2 Monat 149 11/12 Br., k. Sicht 150⅙ Gl. London 3 Monat 6. 19⅚ Gl. Paris 2 Monat 79 11/12 Br.

Berlin, 5. März. Die Börse war heute in flauer Stimmung und fast sämmtliche Fonds und Eisenbahn-Aktien stellten sich im Laufe der Börse merklich niedriger, obgleich Friedrich-Wilhelms-Nordbahn-Aktien Anfangs wieder höher als gestern bezahlt wurden.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 101¼ à 101 bez., Priorität 5 % 103¾ Br. Krakau-Oberschlesische 4 % 75⅛ bez. und Br., Priorität 4 % 86⅛ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 39⅞ à ¼ bez., Priorität 5 % 95¾ bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 82⅞ bez., Priorität 4 % 94⅝ bez. und Br., Priorität 5 % 103¾ bez. und Br., Serie III. 5 % 103 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 26½ Br., fr. Zinsen. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 117¼ à 117 bez. und Br., Litt. B. 3½ % 110 bez. und Br. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 105¾ à ¼ bez. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 100⅝ à ½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 85 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 128 Br. Posener Pfandriefe 4 % — — 3½ % 91 Gl. Preußische Bank-Antheile 97½ à 97 bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Br., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 82¼ bez. und Br., à 300 Fl. 145 bez.

Wien, 5. März. Bei beschränktem Verkehr stellten sich sowohl die Fonds und Aktien als auch die Valutencourse etwas niedriger. Von erstern sind Loose von 1839 bis 119¼, Nordbahnaktien bis 130⅝, Bankaktien bis 1257 zurückgegangen, um jedoch wieder fester zu schließen. Lomb. Schatzscheine etwas höher. Coup. 106.

5 % Metalliques 96½, 4½ % 85; Nordbahn 130⅝; Hamburg 2 Monat 191; London 3 Monat 12. 43.; Silber 129⅛.

Badische Loose-Ziehung vom 28. Februar: Serie 19. 43. 109. 365. 441. 887. 956. 1126 1545. 1582. 1640. 1826. 2158. 2920. 2952. 2991. 3030 3310. 3777. 3982. 4043. 4302. 4349. 4511. 4818. 5132. 5440. 5756. 5771. 6140. 6180. 6467. 6492. 6809. 7029. 7164. 7521. 7595. 7906. 7937.

Serien-Ziehung der pol. 300 Fl.-Loose den 2. März gezogen: 30. 40. 89. 114. 141. 167. 182. 188. 257. 272. 286. 319. 344. 358. 396. 407. 470. 481. 486. 499. 504. 529. 563. 582. 603. 631. 633. 657. 669. 672. 685. 694. 695. 701. 778. 789. 806. 818. 850. 863. 865. 918. 932. 960. 977. 986. 1023. 1024. 1030. 1042. 1049. 1061. 1210. 1219. 1232. 1259. 1300. 1307. 1310. 1350. 1357. 1399. 1402. 1475. 1483. 1495. 1496. 1529. 1551. 1557. 1571. 1596. 1631. 1770. 1781. 1814. 1849. 1861. 1915. 1918. 1935. 1986. 2005. 2081. 2091. 2096. 2150. 2160. 2180. 2272. 2344. 2356. 2363. 2371. 2385. 2406. 2436. 2438. 2472. 2477. 2481. 2500. 2527. 2550. 2607. 2639. 2716. 2720. 2742. 2753. 2759. 2787. 2792. 2827. 2850. 2915. 2921. 2923.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.